

Wöchentlich 78 Bl., monatlich 2.25 M. (daran 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 2.97 M. einschließlich 60 Pf. Postgebühren- und 72 Pf. Postbefreiungsgeld. Auslandsabonnement 5.45 M. pro Monat; für Dänke mit ermäßigtem Studienstempel 4.95 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Feiertags einmal. Die Tagesausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Sonntagsbeilage „Woll und Seid“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einzige Illustrierte 80 Pf. Postgebühren 2.- M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf. (unabhängig vom festgedruckten Wort) weitere Wort 10 Pf. Robert H. Karl Worte über 15 Buchstaben 10 Pf. für zwei Worte. Arbeitermarkt 10 Pf. für zwei Worte. Familienanzeigen 10 Pf. für zwei Worte. Hauptgeschäft Lindenstraße 2. wöchentlich von 8 bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmiger Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Berl. Dr.: Dönhoff (A 7) 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dr. B. u. Dist.-Gef., Depostenk., Jerusalemstr. 63-66

Reichsbanner marschiert!

Nichts für uns — alles für die deutsche Republik!

Die Bundesleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veröffentlicht folgenden Aufruf:

In allen Ortsvereinen sind die Schutzformationen sofort neu aufzustellen. Der Auflösungsbeschluss vom 14. April d. J. wird hiermit widerrufen, die Organisationsbestimmungen treten wieder in Kraft. Bis Sonntag, den 26. Juni, muß überall im Reich der Stand vom 13. März 1932 wieder hergestellt und jede Formation zur Übernahme neuer Aufgaben bereit sein. Die am 8. Mai angeordnete Mitgliedsbesperre ist aufgehoben. Die Mitgliederwerbung für die Stammbildungen ist mit Nachdruck sofort zu beginnen, alle Vorbereitungen für die Neuaufstellung von Schutzformationen sind unverzüglich zu treffen.

Tausende und aber tausende junger Männer sind in den Organisationen der Eisernen Front. Wir rufen ihnen zu: Euer Platz ist jetzt in den Schutzformationen!

Kameraden! Es war nicht unser Wille, eine neue Mobilisierung der Schutz durchzuführen. Wir sind und bleiben Gegner jeder Art von Privatarmeen. Nicht, um selbst Staatsgewalt zu sein, haben wir uns zusammengeschlossen. Unser Ziel war und bleibt:

die Autorität der deutschen Republik nach außen und nach innen zu stärken und zu festigen.

Wir kennen aus der Erfahrung von mehr als zehn Jahren die Gefahren, die dem Staat und jedem einzelnen Bürger aus der Duldung privater Armeen drohen. Aus dieser Erkenntnis haben wir, als der Herr Reichspräsident auf Anraten der Regierung Brüning-Groener-Dietrich die Auflösung der „nationalsozialistischen“ Privatarmee anordnete, auf der Stelle unsere Schutzformationen aufgelöst. Wir lebten der Hoffnung, endlich uns ganz aufbauender Arbeit widmen zu können.

Auf Grund privater Parteiabmachungen hat die Regierung von Papen, von Goßl, von Schleicher dem Herrn Reichspräsidenten den nach unserer Überzeugung verderblichen Rat gegeben, die Privatarmee eines Mannes wieder erstehen zu lassen, der schon einmal, im Jahre 1923, den Bürgerkrieg entfesselte. Mißbrauch der Demokratie ist die Grundlage der sogenannten nationalsozialistischen Bewegung. In Theorie und Praxis ist Gewaltanwendung gegen Staat und Bürgerschaft die Aufgabe, die ihrer Parteiarmee gestellt ist.

Wir lassen uns im Gebrauch unserer Bürgerrechte durch organisierten Terror nicht beschränken. Wir nehmen alle Rechte in Anspruch, die irgendeiner anderen politischen Gruppe gegeben werden.

Die Nationalsozialistische Partei und ihre Armee, ausgerüstet und ausgehalten von privatkapitalistischen Interessentengruppen, zerspaltet die deutsche Nation, zerbricht echte nationale Willensbildung nach außen und nach innen. Die volle Verantwortung für die aus der Existenz und der Betätigung einer Privatarmee notwendigerweise entspringenden Gefahren für das ganze deutsche Volk trifft die gegenwärtige Reichsregierung.

Hohn und Spott für die Hungernden und Darbenden in Deutschland ist es, wenn den Kriegsbeschädigten, den Witwen, Waisen und Invaliden die Bezüge gekürzt, die Erwerbslosenunterstützungen herabgesetzt, Löhne und Gehälter wieder und wieder abgebaut werden; wenn versichert wird, daß die Steuerkraft aller Schichten des Volkes erschöpft sei und dennoch eine Gruppe politischer Interessenten in der Lage ist, Millionen in neuen Paradenuniformen auszurüsten!

Gegen das Paradieserleben sehen wir den Willen, die furchtbare Wirtschaftskrise zu überwinden.

Gegen die Verschwendung von Geldern, die der Volkswirtschaft entzogen werden, sehen wir

den Ruf nach Arbeit.

Gegen die Organisation einer Terrorarmee sehen wir den Entschluß, die neu entstandene Bürgerkriegspsychose zu brechen.

Gegen die Zerspaltung der Nation sehen wir die Liebe zum deutschen Volk.

Gegen das Wortkriementum sehen wir die tätige Hilfe für die Mühseligen und Beladenen.

Gegen die Herrschsucht von Interessentenklüngeln steht unsere Bereitschaft zum Dienst am Volksganzen!

Zusammenschließen, Kameraden! Färter die Faust um den Fahnenstang! Hoch die Fahne Schwarzrotgold! Nichts für uns! Alles für die deutsche Republik!

Magdeburg, den 18. Juni 1932.

Die Bundesleitung
des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold
J. A. Karl Höfermann.

Eiserne Front für Einheitsfront!

Gegen unehrliche Einheitsfrontmanöver.

Die Berliner Ortsvorstände der Sozialdemokratischen Partei, der Gewerkschaften und des Reichsbanners erhielten gestern folgendes Schreiben der Berliner kommunistischen Bezirksleitung:

„An dem Bewußtsein, daß ein gemeinsamer Aufmarsch der Arbeitermassen in Berlin ein Schlag gegen den Faschismus ist und die Kampfkraft des Proletariats bedeutend stärkt, haben wir in unserem Aufruf vom 16. Juni allen Arbeitern und Organisationen eine gemeinsame Demonstration vorgeschlagen unter den Losungen:

Nieder mit der faschistischen Reaktion!
Fort mit der Papen-Regierung!
Gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion!

Dieser Vorschlag stimmt überein mit dem Willen der Arbeitermassen in den Betrieben, an den Stempelstellen, in den Arbeitervierteln, der in zahlreichen Beschlüssen der Arbeiter zum Ausdruck gekommen ist.

Wir erfahren inzwischen, daß die preussische Regierung formell das Demonstrierungsverbot aufrecht erhält. Diese Maßnahme der preussischen Regierung dient lediglich dem Faschismus, denn durch

Die Antwort an Hindenburg.

Uniformierte SA. überfällt Polizei.

Am Hindenburgdamm in Lichterfelde wurde gestern nachmittag ein Polizeibeamter, der sich auf einer Streife befand, plötzlich von 25 uniformierten Nationalsozialisten umringt. Die Angreifer machten Anstalten, den Beamten niederzuschlagen. Einer der Angreifer rief: „Schieß ihn herunter!“ Als der Beamte nach seiner Dienstwaffe griff, schüteten sämtliche Angreifer auf bereitstehenden Motorvähern. Der Schutzbeamte hatte am Tage zuvor mehrere Hitler-Kraakeeler festgenommen.

Einer der Haupttäter ist von dem überfallenen Schutzbeamten erkannt worden.

Straszenegzeffe in Breslau.

Breslau, 17. Juni. (Eigenbericht.)

Die Aufhebung des SA-Verbots hat in Breslau zum sofortigen Wiederaufleben der nationalsozialistischen Egzeffe in der Innenstadt geführt. Außer zahlreichen kleineren Trupps zog in den Vormittagsstunden eine Kolonne von etwa 300 uniformierten SA-Leuten, selbsterklärend ausgerüstet, den Sturmriemen heruntergezogen, unter Vorantritt einer Musikkapelle, in den Straßen umher. Neben dem Trupp strömten hunderte von weiteren SA-Leuten, die die Passanten auf den Bürgersteigen regelrecht terrorisierten. Einem Verkehrskehrmann, der den Nazitrupp in eine Seitengasse ablenken wollte, rief das Halantkrenzgeschrei zu: „Schlagt das Gas tot, wenn er die Straße für die SA nicht freigibt.“ Schließlich nahmen der Gausführer der schlesischen SA sowie der Gauleiter der Nazis für Schlesien und die Reichstagsabgeordnete Heines und Brüdner vor dem Gebäude der Niederschlesischen Provinzialverwaltung den Vorbeimarsch ihres demonstrierenden Trupps ab. Obwohl es dabei zu erheblichen Verkehrsstörungen kam, schritt die Polizei nicht ein. Ebenfalls am Freitagvormittag wurde in der Schweidnitzer Straße gerade unmittelbar vor dem Polizeipräsidium ein jüdischer Leichenzug von Nationalsozialisten angepöbel. Die Halantkreuzer riefen: „Da haul schon einer ab nach Palästina, die anderen kommen bald nach.“

das Verbot soll die Kampfobilisierung der Arbeiter gegen die faschistische Reaktion erschwert werden. Wir fordern Sie auf, im Interesse der Verstärkung des Kampfes gegen den Faschismus die Forderung der Massen der Arbeiter auf sofortige Freigabe der Massendemonstrationen für alle Organisationen, die bereit sind, gegen den Faschismus zu kämpfen, zu unterstützen. Im übrigen erinnern wir daran, daß in der Vorkriegszeit die Sozialdemokratie unter ähnlichen Bedingungen eines Demonstrierungsverbotes in Berlin das Recht der Arbeiter auf die Straße durchgesetzt hat.

Angehts der Notwendigkeit, auf Grund der Notverordnung der Papen-Regierung, möglichst schnell die weiteren Kampfmaßnahmen durchzuführen, erwarten wir Ihre Antwort bis Sonntag, den 18. Juni, mittags.

Die Eiserne Front antwortet:

Die Kampfleitung Berlin der Eisernen Front erwiderte darauf diese Antwort:

Sie haben an alle Organisationen der Eisernen Front (Sozialdemokratische Partei Deutschlands — Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund — UFA-Bund — Reichsbanner) unter dem 16. Juni 1932 ein gleichlautendes Schreiben gerichtet, auf das wir Ihnen hiermit im Auftrage aller Empfänger Ihres Schreibens folgendes antworten:

Die in der Eisernen Front vereinigten Organisationen stehen grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß eine Einigung des Proletariats mehr denn je notwendig ist. Die faschistische Gefahr erfordert diese Einigkeit. Dieser faschistischen Gefahr kann aber nur begegnet werden, wenn ein ehrlich gemeinter Einheitswille vorhanden ist. In dem Führerappell der Eisernen Front am 9. Juni d. J. haben unsere Genossen Künstler und Aufhänger auf die Möglichkeiten für alle proletarischen Organisationen hingewiesen, den Einheitskampf gegen den Faschismus zu führen. Als Voraussetzung hierfür sehen wir an,

daß die Angriffe der kommunistischen Partei gegen unsere Organisationen und ihre Führer eingestellt werden.

Sie beziehen sich in Ihrem Schreiben vom 16. Juni auf den am gleichen Tage in der „Roten Fahne“ veröffentlichten Aufruf. Dieser Aufruf enthält im Gegensatz zu Ihrem Einheitsfrontangebot eine große Häufung unbedeutender und verleihender Angriffe gegen unsere Organisationen, ihre Funktionäre und Führer. Angriffe, die einen ehrlichen Willen zum gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus nicht erkennen lassen.

Wir sind mit Ihnen der Auffassung, daß das Demonstrierungsverbot aufgehoben werden muß. Unsere dahingehenden Forderungen haben wir bei den verantwortlichen Stellen bereits unterm 15. Juni d. J. erhoben. Ihre seit Jahren betriebenen Versuche zur Zerschlagung und Zerreißung der starken Arbeiterorganisationen, Ihr Zusammengehen mit den Faschisten in und außerhalb der Parlamente, Ihre Versuche zur Zerschlagung der freien Gewerkschaften durch die RGO, Ihre Parole: „Severing gleich Hitler“ und „Die Sozialdemokratie ist der Hauptfeind“ haben bisher den notwendigen Einheitskampf gegen den Faschismus unmöglich gemacht.

Die Eiserne Front sieht keine Hinderungsgründe für ein einheitliches Vorgehen, wenn Sie die im vorstehenden Schreiben gewünschten Voraussetzungen ehrlich geschaffen haben.

Die beabsichtigte Gründung der Partei der Mitte scheint endgültig gescheitert zu sein. Der eingeleitete Aktionsausdruck für die Gründung der neuen Partei hat nichts mehr von sich hören lassen.

Keine Arbeitsbeschaffung!

Platonische Sympathie und falsche Grammatik.

Auch den Gedanken der Arbeitsbeschaffung haben die Nazis mißbraucht, um agitatorische Erfolge zu erzielen. Was haben die Hakenkreuzler nicht alles den Arbeitslosen in Stadt und Land versprochen?

Nun haben wir eine Regierung, die von den Nazis gestützt wird. Jetzt hätten die Hitlerleute Gelegenheit zu zeigen, daß sie ihre Versprechungen erfüllen können und wollen. Wer an diesen Willen und an dieses Können der Nazis bisher glaubte, erlebt eine bittere Enttäuschung. In ihrer Notverordnung sagt die von den Nazis tolerierte Weisregierung, daß sie den dringenden Wunsch der Arbeitslosen, anstatt Unterstützung Arbeit zu erhalten, verstehe. Dem fügt sie wörtlich zu: „Ihr (der Regierung) ist die Lösung dieses Problems eine der vordringlichsten des ganzen öffentlichen und privaten Lebens.“ Dieser Satz stellt nicht nur eine großartige Bergemalung der deutschen Sprache dar, sondern auch eine großartige Bergemalung der Tatsachen. Denn die ganze Notverordnung bringt auch nicht einen einzigen greifbaren Anhaltspunkt dafür, wie sich die Regierung von Papen die Lösung dieses vordringlichen Problems vorstellt.

Man vergegenwärtige sich die Situation, wie sie knapp vor der Einsetzung der Weisregierung von Hitler's Gnaden bestand. Der energische Vorstoß der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie für ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm hatte nicht nur starken Widerhall bei den Massen gefunden, sondern auch seinen Eindruck auf die Regierungskreise nicht verfehlt. Reichsarbeitsministerium und Reichswirtschaftsrat arbeiteten daraufhin Arbeitsbeschaffungsprogramme aus. Die Regierung Brüning entschloß sich endlich, der sozialdemokratischen Forderung nach Auflegung einer Prämienanleihe für die Arbeitsbeschaffung nachzukommen. Der Gesetzentwurf darüber war der letzte, den der Reichstag vor seiner Auflösung verabschiedete. Nun war der Weg für die Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms frei. Er sollte tatsächlich in der von der Regierung Brüning vorbereiteten Notverordnung beschränkt werden.

So lagen die Dinge, als die Regierung Papen die Macht übernahm.

Und was hat sie an die Stelle der von der arbeitenden Bevölkerung stürmisch geforderten, vom Reichstag bereits genehmigten und von der Regierung Brüning unmittelbar vorbereiteten Arbeitsbeschaffungsaktion gesetzt? Einen grammatikalisch unrichtigen Satz, in dem sie ihrer platonischen Sympathie für die Arbeitsbeschaffung Ausdruck gibt. Das ist ihre ganze Aktion. Denn irgend etwas Konkretes kann man in der ganzen Notverordnung nicht finden.

Bei eifrigem Suchen entdeckt man zwar in der Notverordnung einen Betrag von 20 Millionen Mark für die Förderung des freiwilligen Arbeitsdienstes. Aber auch diesen unendlich kümmerlichen Betrag — wenn man ihn an dem Maßstab mißt, der für die Arbeitsbeschaffung erforderlich wäre — gewinnt die Regierung nur dadurch, daß sie ihn den Gemeinden von dem ihnen zustehenden Zuschuß abzwackt. Dabei ist noch fraglich, ob das, was die Regierung für den freiwilligen Arbeitsdienst aufwenden will, etwas anderes darstellt, als einen verschleierte Trick an die verbündete Macht, die Nazis, zur Finanzierung und Einkleidung ihrer SM. Die Notverordnungsarbeiten der SM kosten nämlich rund 15 Millionen Mark.

Wenn man aber in diesem furchtbaren Dokument, das sich zum Hohn als eine Verordnung über Maßnahmen zur „Erhaltung“ der Arbeitslosenhilfe beitelte, weiterblättert, so stößt man auf einen Abschnitt „Sonstiges“, dessen erstes Kapitel die Ueberschrift „Ermächtigung“ trägt. Unter diesen schüchternen nichtsagenden Ueberschriften, die für das schlechte Gewissen der Verfasser der Notverordnung zeugen, findet man den ebenso nichtsagenden Satz: „Zur Behebung der Arbeitslosigkeit sind im Rechnungsjahr 1932 öffentliche Arbeiten, insbesondere auf dem Gebiet des Verkehrswesens, der Wasserwirtschaft und der landwirtschaftlichen Bodenverbesserung als Notstandsmaßnahmen auszuführen.“

Grausamer hätten die Arbeitslosen nicht verhöhnt werden können als durch diesen Satz. Nahezu 6 Millionen Arbeitslose zählen wir in Deutschland. Sie wissen nicht aus und ein. Die Regierung lügt ihnen erbarmungslos die schon auf ein Minimum runtergedrückte Unterstützung und dann erklärt dieselbe Regierung, sie wolle zur „Behebung“ der Arbeitslosigkeit Notstandsmaßnahmen durchführen, ohne auch nur eine einzige Mark dafür bereitzustellen. Glaubt diese Regierung wirklich, man könne 6 Millionen Menschen dadurch Arbeit verschaffen, daß man das — allerdings sehr geduldige — Papier des Reichsgesetzblattes mit Druckerschwärze beschreibe? Wie kann man es wagen, den Arbeitslosen Arbeit zu versprechen, wenn man nicht ein Wort darüber sagt, wie man sich die Finanzierung dieser Arbeiten vorstellt?

Der einzige Zweck, für den die Regierung die Hergabe von Geld in Aussicht stellt, ist — eine Subvention an die Hausbesitzer. Es heißt nämlich in dem famosen Abschnitt „Sonstiges“, daß das Reich zur Instandsetzung und Teilung von Altmwohnungen Zinszuschüsse gewähren und für Darlehen bis zur Höhe von 100 Millionen Mark Bürgschaften übernehmen kann. Gewiß ist die Instandsetzung der Altmwohnungen eine dringliche Aufgabe und eine wichtige Gelegenheit zur Arbeitsbeschaffung und muß in viel größerem Umfang als mit 100 Millionen Mark in Angriff genommen werden. Aber es ist eine Aufgabe, die die Hausbesitzer selbst zu erfüllen haben und für die ihnen in der gesetzlichen Miete eine in ihrer Höhe vom Gesetz vorgeschriebene laufend fließende Finanzierungsquelle zur Verfügung steht. Die öffentliche Hilfe dürfte hier höchstens in der Form gewährt werden, daß die Finanzierung der Instandsetzungs- und Teilungsarbeiten notfalls durch eine gewisse Hilfsstellung der Reichsbank erleichtert wird. Subventionen für diesen Zweck sind aber auf keinen Fall zu rechtfertigen.

von Papen in Lausanne.

Eine schwere Entgeißelung.

Ohne jeden ersichtlichen Grund hat sich Reichskanzler von Papen in seiner gestrigen Rede in Lausanne bemüht gefühlt, einen Satz einzuflechten, der sich auf den innerdeutschen Kurswechsel bezieht:

„Die Stunde des Handelns ist gekommen. Deshalb haben wir in Deutschland noch einmal den Versuch gemacht, die lebendigen, aufbauwilligen Kräfte der Nation zusammenzufassen, um dem deutschen Volk überhaupt die Lebensgrundlagen zu sichern.“

Wir erheben gegen diese Redewendung schärfsten Einspruch.

Wer steht hinter dem Reichskanzler und seiner Regierung? Offen nur der Adel, der ostelbische Großgrundbesitz und die westdeutsche Großindustrie; verschämt nur Nationalsozialisten und die Deutschnationalen. Alle übrigen Volksteile empfinden diese Regierung als eine Herausforderung, und die Regierung selbst hat vom ersten Tage an durch ihre Sprache und durch ihre Taten dafür gesorgt, daß sie von der Sozialdemokratie, vom Zentrum und von der Bayerischen Volkspartei, um nur diese drei großen Parteien zu nennen, vor allem aber von allen Gewerkschaften leidenschaftlich bekämpft wird. Diese Volksteile, gegen die die Regierung der Barone den Kampf führt, gehören also nicht nach Papens Meinung zu den „lebendigen, aufbauwilligen Kräften der Nation“. Das ist eine schwere Beleidigung aller in Opposition zum Kabinett von Papen stehenden Kräfte. Sie wiegt um so schlimmer, als sie unter Außerachtlassung der elementarsten Gebote des innen- und außenpolitischen Taktik vor einem Forum ausländischer Staatsmänner ausgesprochen wurde.

Oder sollte es Herr von Papen gar nicht so gemeint haben? Dann soll er sich gefällig in Zukunft die Wirkung seiner Redensarten genauer überlegen und es überhaupt unterlassen, seine innerpolitischen Anschauungen auf internationalen Konferenzen vorzutragen.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft erhebt den Anspruch darauf, mindestens ebenso sehr zu den „lebendigen, aufbauwilligen Kräften der Nation“ zu gehören wie die Herren vom Herrenklub und ihre braun behendeten Prätorianer. Sie ist sogar der Ueberzeugung, daß die Kräfte, die offen oder verschämt hinter Herrn von Papen stehen, bisher nichts für den deutschen Wiederaufbau geleistet haben, sondern meist nur eine zerstörende Tätigkeit entfaltet haben.

Herr von Papen hat in Paris eine auffallend gute Presse. Man ist dort angenehm davon berührt, daß er seine Rede französisch gehalten hat. (Dagegen ist an sich nichts einzuwenden — aber welsch Geschrei der Empörung wäre in der Rechtspreffe ertönt, hätte ein linksstehender Kanzler eine solche „nationale Würdelosigkeit“ begangen!) Man findet seine Rede mahvoll. (Das war sie auch, verglichen mit der energischeren Sprache Dr. Brüning's und Hermann Müllers.) Und die offiziöse Havas-Agentur rühmt seine „Ritterlichkeit“ und seinen „Verständigungswillen“, die in Konferenzkreisen ganz allgemein sehr befriedigt hätten.

Sehr schön; wir freuen uns über diese günstige Aufnahme, vorausgesetzt, daß sie nicht auf Kosten der deutschen Interessen geht. Aber wir verlangen vom deutschen Reichskanzler, besonders wenn er im Auslande auftritt, Ritterlichkeit nicht nur gegenüber Frankreich, sondern auch gegenüber dem eigenen Volk. Diese hat er gestern durch seine Diskriminierung zwischen den von ihm „zusammengefaßten“ angeblich „lebendigen, aufbauwilligen Kräften“ und den anderen bitter vermissen lassen.

Hoover wartet europäische Einigung ab.

Washington, 17. Juni.

Präsident Hoover hat auf die Nachricht über das Fünfmächteabkommen in Lausanne hin, das eine vorläufige Einstellung der Zahlungen aus den politischen Schuldenabkommen und den Reparationsabmachungen vorsieht, den Führern der europäischen Mächte die Mitteilung zukommen lassen, daß die Regierung der Vereinigten Staaten gewillt sei, auch ihrerseits mit den europäischen Schuldvermächten Verhandlungen über Zahlungsvereinfachungen aufzunehmen, falls die europäischen Länder untereinander eine annehmbare Reparationsregelung erzielen sollten.

Es scheint danach, daß die gestrige Erklärung der europäischen Gläubigermächte insofern mehr als eine Formalität war, als sie mit Hoover vereinbart, ja vielleicht sogar von ihm gewünscht wurde. Freilich ist das Versprechen Hoovers sehr vorsichtig formuliert: er ist offenbar bereit, über Zahlungsvereinfachungen zu verhandeln, nicht über völlige Schuldenerlassung. Vor allem legt diese Bereitwilligkeit die vorherige

Es bleibt also dabei: Was die feudale Regierung von Hitler's Gnaden den Arbeitslosen gegeben hat, ist Unterstützungsgeld statt Erhaltung der Arbeitslosenhilfe, leere Worte statt Arbeitsbeschaffung, Hohn statt Hilfe, Steine statt Brot. Die arbeitende Bevölkerung wird bald Gelegenheit haben, auf diese brutale Herausforderung die gebührende Antwort zu erteilen.

Was sich der „Angriff“ vorstellen kann.

Dem Volke müssen Opfer auferlegt werden.

Am Montagabend veröffentlichte der „Angriff“ in ganz großer Aufmachung unter der Ueberschrift: „Sanierung der Sozialversicherung — Die Witwen- und Hinterbliebenen sollen entwertet werden“ — die Pläne des neuen Reichsarbeitsministers, triumphierend verhielt das nationalsozialistische Organ den Arbeitslosen, daß ihnen geholfen werden würde durch das „Verschwinden der Sorgen“. „Aus bester Quelle“ mußte das Nazisblatt zu erzählen, daß man überrascht sein werde, „in wie starkem Maße die letzten Sozialleistungen aufrecht erhalten werden können“, wenn nur unter den Beamten gründlich aufgeräumt würde.

Inzwischen hat die Notverordnung gezeigt, wie diese Aufrechterhaltung der sozialen Leistungen der Nazi-Regierung aussieht. Am Dienstag forderte der „Angriff“ von der Nazi-Regierung die „an-

zweischeneuropäische Einigung voraus. Dennoch bedeutet diese neue Erklärung schon einen beträchtlichen Fortschritt im Vergleich zu dem bisher starr ablehnenden Standpunkt weiter amerikanischer Kreise in der Kriegsschuldenfrage.

Die Gegenläufe in Lausanne.

Der erste eigentliche Arbeitstag der Lausanner Konferenz hat mit aller Deutlichkeit die erheblichen und sogar grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten aufgezeigt, die noch überwunden werden müssen, wenn eine neue und wirklich endgültige Regelung des Gesamtproblems der Kriegsschulden und Reparationen gelingen soll.

Auf die von Brüning übernommene Forderung Papens, daß eine endgültige und völlige Streichung aller Reparationsverpflichtungen erforderlich sei, hat nämlich Herriot sehr klar geantwortet, daß Frankreich einem solchen und endgültigen Erlaß der Reparationsverpflichtungen nicht zustimmen werde. Er hat diese Ablehnung mit Argumenten begründet, die zum Teil von dem bekannten englischen Sachverständigen Sir Walter Layton stammen: würden Deutschland seine sämtlichen Reparationschulden erlassen — bei gleichzeitiger Streichung der interalliierten Kriegsschulden — dann hätte künftig Deutschland nur noch eine innere Schuldenlast von 12 Milliarden Mark zu tragen, Frankreich aber würde eine Bürde von 51 Milliarden und England sogar von 105 Milliarden weiterzuschleppen haben. Außerdem wies er darauf hin, daß die Belastung der Reichseisenbahnen untergeordneter geringer wäre als die der französischen und der englischen Bahnen, so daß Deutschland viel weitergehende Tarifermäßigungen vornehmen könnte. Aus dieser Begründung spricht offensichtlich die Sorge vor einer

zukünftigen wirtschaftlichen Vorzugsstellung Deutschlands

gegenüber den anderen Mächten.

Man sollte nicht den Fehler begehen, diese Argumente leicht zu nehmen, die übrigens, seitdem sie Sir Walter Layton im vergangenen Herbst in die Debatte geworfen hat, die öffentliche Meinung in allen Gläubigerländern stark beschäftigt. Dennoch muß darauf geantwortet werden, daß diese Argumente und Zahlen, so durchschlagend sie auf den ersten Blick scheinen mögen, in Wirklichkeit oberflächlicher Natur sind, weil sie von falschen wirtschaftlichen Voraussetzungen ausgehen. Für den jetzigen und künftigen Wohlstand der Länder, für deren Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit sind

noch ganz andere Faktoren maßgebend,

die mindestens ebenso stark in Betracht gezogen werden müssen wie die innere Schuldenlast, die Lage der Eisenbahnen und dergleichen. Wir meinen damit vor allem das Volksermögen. Mit Recht hatte der Reichskanzler in seiner Rede im voraus darauf hingewiesen, daß durch die Inflation das deutsche Volksermögen größtenteils zerstört worden sei und die Substanz stark angegriffen werden mußte. Das ist jedenfalls nicht annähernd der Fall in Frankreich und erst recht nicht in England. Wir fügen hinzu, daß auch die beträchtliche industrielle Entwicklung in Deutschland in der Nachkriegszeit, auf die die Gegenläufe ebenfalls mit Sorge für die Zukunft hinzuweisen pflegt, sich einstellen als ein Fluch für das deutsche Volk erwiesen hat, und daß niemand weiß, ob wir nicht auch später an den Sünden dieser forcierten technischen Vernachlässigung zu tragen haben werden.

Jedenfalls zeigt die Rede Herriots, daß Frankreich einstweilen noch an der Idee des „Beilegungsscheins“ festhält, die auch im Voller Sachverständigenbericht auf Drängen seines Vertreters Professor Rist ihren Niederschlag gefunden hat.

Wie England zu den beiden Theilen Deutschlands und Frankreichs wirklich steht, ging aus den Ausführungen des Schatzkanzlers Neville Chamberlain nicht eindeutig hervor. Es schien zwar, als ob es eher bereit wäre, der deutschen Auffassung von einer endgültigen Streichung aller Kriegsschulden zuzustimmen, andererseits ist ja kürzlich nach der Pariser Begegnung zwischen Herriot und Woodruff verübt worden, daß zwischen England und Frankreich eine grundsätzliche Einheitsfront hergestellt worden sei. Gut es auch für die von Herriot in die Debatte geworfene Frage der

politischen Sicherheit.

die er als eine wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Gelumhung der Welt bezeichnet?

Konferenz bis Dienstag vertagt.

Nachdem diese Generaldebatte die Gegenläufe aufgezeigt hatte, entstand eine begriffliche Verlegenheit. In dieser Stimmung beschloß man, die ganze Konferenz auf Dienstag nächster Woche zu verlagern, um inzwischen den Finanzministern Zeit zu verschaffen, um praktische Vorschläge zu lassen. Am Montag treffen sich die sechs einladenden Mächte wieder, um zu beraten, wie man weiterkommen könne. Vorläufig ist also die Lausanner Konferenz trotz aller Vorbereitungen genau so festgefahren auf die Sonderinteressen der Teilnehmerländer, wie bisher alle anderen Konferenzen auch.

gekündigten Taten“. Diese Taten sollten in Zeitungsberichten der sozialdemokratischen Presse und ähnlichen Gewalttaten bestehen. Die Kritik an der Nazi-Regierung sollte unterbunden werden. Am Mittwoch hatte die Notverordnung dem Naziorgan die Sprache völlig verschlossen. Vergebens wird man auch nur eine Zeile darüber suchen. Gestern endlich gibt das Hitler-Organ eine rotschwarze Darstellung der Notverordnung. In dem Kommentar dazu ruft dem Blatt folgendes Eingeständnis heraus:

„Wir können uns vorstellen, daß eine Regierung, die von ihrer Vorgängerin ein Erbe übernimmt, das sich in wirtschaftlicher Hinsicht nur mehr als Konkursmasse bezeichnen läßt, unter Umständen gezwungen sein kann, dem Volke Opfer aufzuerlegen.“

Daß dem Volke Opfer auferlegt werden, können sich die Nazis also sehr gut vorstellen. Offenbar können sie sich aber gar nicht vorstellen, daß den Besiegten Opfer auferlegt werden.

Man konnte darauf gespannt sein, wie das Naziorgan sich schließlich aus der Affäre ziehen würde. Aber am Donnerstag war für den „Angriff“ die Notverordnung schon unaktuell geworden. Dagegen veröffentlicht es in großer Aufmachung eine Rundgebung des Reichslandbundes, in der die Reichsregierung aufgefordert wird, sich nicht mit kleinen Zollerhöhungen zu begnügen, sondern „ganze Arbeit“ zu machen, also zum Abbau der Unterstellungen und Sozialrenten, zu den neuen Steuern für die Armen noch die Ausschöpfung der großen Massen. Das sind wohl die herrlichen Zeiten des „Dritten Reiches“.

Schandurteil in Danzig.

Der Mörder von Neuteich freigesprochen.

Danzig, 17. Juni. (Eigenbericht.)

Ein unechtes Urteil wurde heute von dem Danziger Schwurgericht gefällt. Der SS-Führer Rudzinski aus Neuteich, der am 3. Mai den sozialdemokratischen Stadtverordneten Gruhn auf offener Straße erschoss, wurde von der Anklage des Totschlages freigesprochen.

Nachdem Gruhn von zwei SS-Leuten zu Boden gemorfen worden war, hatte Rudzinski auf den unmittelbar vor ihm Liegenden vier Schüsse abgegeben, die ihn sofort töteten. Gestützt auf das Gutachten von zwei Ärzten, nach deren Ansicht Rudzinski sich unter dem Einfluß von Alkohol befunden haben soll, billigte das Gericht dem Angeklagten für den Augenblick der Tat den § 51 zu. Rudzinski war zwar, wie einige Zeugen Aussagen ergaben, wenige Minuten vor der Tat so sehr im Besitz seiner normalen Verstandeskraft, daß er mit zwei Leuten eine längere politische Unterhaltung führen und diese Leute zum Eintritt in die NSDAP auffordern konnte, auch war er unmittelbar nach der Tat durchaus fähig, die Waffe zweckmäßig an einem geeigneten Ort zu verstecken. In dem zeitlichen Zwischenraum zwischen diesen beiden sinnvollen und zweckmäßigen Handlungen aber hat er sich nach Ansicht des Gerichts nicht im Besitze der vollen Geisteskräfte befunden.

Rudzinski wurde nur wegen tätlicher Beleidigung der Frau des Ermordeten zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt, die als durch die Untersuchungshaft verbüßt erachtet wurden. Sofort nach der Urteilsverkündung wurde Rudzinski aus der Haft entlassen. Die Waffe wurde ihm belassen, dagegen wurde der Regenschirm, mit dem er die Frau des Ermordeten verletzt hatte, eingezogen. Die an der Mordtat beteiligten SS-Leute wurden freigesprochen, da sie sich in Notwehr befunden haben sollen. Dieser Urteilspruch, der dem Rechtsempfinden der Bevölkerung ins Gesicht schlägt, hat hier große Erregung hervorgerufen.

Schießerei in Hamburg.

Zwei Polizeibeamte schwer verletzt.

Hamburg, 17. Juni.

Am Freitagabend gegen 7 Uhr ist es wiederum zu größeren Schießereien zwischen Kommunisten und der Polizei gekommen. Besonders schwere Zusammenstöße ereigneten sich am Steindamm und Hansaplatz.

Bei dieser Gelegenheit kam es zu einem wilden Augewechsel zwischen den Kommunisten und der Polizei, bei dem zwei Beamte durch Rüssen bzw. Halschüsse schwer verletzt wurden. Weiter trug eine Frau schwere Verletzungen davon. Fünf bis sechs Personen erlitten leichtere Verletzungen. Die Ruhe wurde durch Einsetzung eines größeren Polizeikommandos wieder hergestellt. Die Polizei ist in höchster Alarmbereitschaft. Eine Anzahl von Verhaftungen wurde vorgenommen.

Politische Ausschreitungen in West und Süd.

Essen, 17. Juni.

In Essen-West kam es gestern abend an verschiedenen Stellen des Stadtteils zu Überfällen von bisher unbekannt gebliebenen Tätern, offensichtlich Anhängern der KPD, auf Nationalsozialisten. Ein Trupp von SA-Leuten wurde von politischen Gegnern angegriffen und mehrfach beschossen. Ein SA-Mann erlitt durch einen Brustschuß schwere Verletzungen. Ein anderer SA-Mann erhielt einen Knieschuß. Die Täter sind im Dunkel der Nacht unerkannt entkommen.

Stuttgart, 17. Juni. (Eigenbericht.)

Die Radikalen von rechts und links haben den heutigen Tag in Stuttgart zu Demonstrationen ausgenutzt. Im Anschluß an eine am Vormittag von den Kommunisten veranstaltete Erwerbslosenversammlung konnten die Zusammenrottungen mühelos zerstreut werden. Dagegen kam es am Nachmittag im Anschluß an eine von den Nationalsozialisten einberufene Erwerbslosenversammlung zu verschiedenen Zusammenstößen und Schlägereien mit den Kommunisten. Ernstliche Verletzungen sollen dabei nicht vorgekommen sein. In den Abendstunden waren es wieder die Kommunisten, die in mehreren Vororten Stuttgarts Demonstrationen veranstalteten. Dabei kam es in Heilbronn zu heftigen Zusammenstößen mit den Hakenkreuzlern, die zum ersten Male wieder in ihren braunen Uniformen herumliefen, und sich sehr herausfordernd benahmen. Die Polizei mußte mehrere Verhaftungen vornehmen.

Nach Hamburg folgt vor.

Demonstrationsverbot bleibt bestehen.

Hamburg, 17. Juni. (Eigenbericht.)

Das Demonstrationsverbot in Hamburg wird zu nächst aufrechterhalten. Die Polizeibehörde macht in Übereinstimmung mit der Auffassung des Reichsministers des Innern darauf aufmerksam, daß durch die Notverordnung vom 14. Juni 1932 die Befugnis der Länder, Verbote von Umzügen und politischen Demonstrationen nach Artikel 133 Absatz 2 der Reichsverfassung aufrechtzuerhalten oder zu erlassen, nicht berührt werde.

Es besteht demnach für Hamburg das von der Polizeibehörde am 13. Juli 1931 erlassene allgemeine Demonstrationsverbot unverändert weiter. Die Polizeibehörde hat, wie bei früheren politischen Wahlen, auch für die kommenden Reichstagswahlen in Aussicht genommen, in den letzten zwei Wochen vor den Reichstagswahlen Erleichterungen vorzunehmen und den Parteien Demonstrationen zu ermöglichen.

SA soll preussische Polizei werden.

Nazi-Fraktionsführer läßt die Kasse aus dem Saß.

Hamburg, 17. Juni. (Eigenbericht.)

Ein bemerkenswertes Eingeständnis ist am Donnerstag abend in der Sitzung der städtischen Kollegien zu Altona von dem Führer der nationalsozialistischen Fraktion und Mitglied des bisherigen Reichstages Stamer über die Rolle der SA und über die Pläne, die die Nationalsozialisten mit dieser Bürgerkriegstruppe verfolgen, abgelegt worden.

In der Besprechung eines kommunistischen Antrages, die Zahlung der gesetzlich festgelegten gemeindlichen Zuschüsse zu den Polizeikosten zu streichen, erklärte Stamer, daß seine Fraktion diesem Antrage zustimmen werde. Auf den Ruf des sozialdemokratischen Fraktionsführers Richter, ob er diese Stellung auch einnehmen werde, wenn etwa ein Nationalsozialist preussischer Ministerpräsident werde, wolle sich Stamer zunächst ausschweigen, pläzierte aber dann mit der Erklärung heraus: „Uns wird die SA genügen.“

Da diese Erklärung in der herrschenden Unruhe ziemlich untergegangen war, nahm der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende

Der Baron vom Herrenklub.

„Da wir in Preußen kaum zu einer Reichsregierung kommen werden, so steure ich auf Reichskommissar los.“

(v. Alvensleben, Gründer des Deutschen Herrenklubs, an seinen Freund, Devisenschieber und Kapitalflüchtling v. Kleefeld.)



„Geduld, ihr Lieben. Erst muß ich noch Reichskommissar über Preußen werden, dann den ich auch an euch!“

Das Geständnis der Tolerierung.

Goebbels ordnet an: über Papen darf nicht geredet werden!

Die sozialreaktionären Taten der Regierung Papen sind von der Nazi-Propaganda mit beteltem Schweigen beantwortet worden. Keine Zeitung und kein Redner des Ober-Daß hat es gewagt, die ungeheuerlichen Maßnahmen des Kabinetts der Barone gegen die Massen der werktätigen Bevölkerung beim rechten Namen zu nennen. Daß dieses Stillschweigen auf allerhöchster Anordnung erfolgt, dafür liefert ein vertrauliches Rundschreiben des Reichspropagandaleiters der NSDAP, Dr. Josef Goebbels den Beweis. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„Zur vertraulichen Kenntnisnahme an alle Parteistellen! Bei der Propaganda für die bevorstehende Reichstagswahl, der die Bedeutung einer Entscheidungsschlacht zukommt, ist oberstes Gebot aller Parteistellen, der Redner wie der Presse, unter allen Umständen zu verhindern, daß den mit der Mißwirtschaft der letzten 13 Jahre aufs schwerste belasteten Parteien auch nur die geringste Möglichkeit geboten wird, nach der Methode „Halbt den Dieb“ die Frage der Verantwortung zu verschleien.“

In diesen Reichstagswahlen wird nicht abgewartet über die

Tätigkeit des Kabinetts von Papen, sondern über die Taten jener Regierungen und Parteien, die verantwortlich sind für das Romanherverbrechen von 1918 und die von da ab bis heute als System die Verantwortung für den größten historischen Zusammenbruch der letzten Jahrhunderte zu tragen haben.

Wir fordern Abrechnung mit den Verantwortlichen für die 13 Jahre hinter uns, keineswegs aber, wie die Propaganda der Gegner vorzuziehen möchte, über die notwendigen Übergangswochen des Kabinetts von Papen.

Jede Diskussion über das Kabinett von Papen hat seitens aller Parteistellen in diesem Wahlkampf zu unterbleiben, um jedem derartigen Versuch unserer Gegner von vornherein die Spitze abzubrechen, geg. Dr. Goebbels, Reichspropagandaleiter.“

Die Regierung Papen belastet den Volkswahlenden des deutschen Volkes die unerträglichsten Lasten. Josef Goebbels aber kommandiert kategorisch: Jede Diskussion über das Kabinett Papen hat zu unterbleiben. So offenbart sich obermals mit aller Deutlichkeit der wahre Charakter dieser angeblichen Arbeiterpartei!

Gefahr, diese Erklärung des Naziführers, durch die die Absichten der nationalsozialistischen Partei deutlich offenbart werden, noch einmal ausdrücklich festzumachen. Auf die energische Aufforderung, sich klar und unzweideutig über die Stellung der NSDAP zur Polizei zu äußern, sah sich Stamer dann veranlaßt, zu erklären, daß seine Fraktion gegen die gemeindlichen Zuschüsse zu den Polizeikosten sei, weil die Polizei ausschließlich Aufgabe des Staates sei. Aufgefordert, seine Erklärung über die Stellung der SA zu wiederholen, rief Stamer unter lauten Hör-Hör-Rufen der Linken dann aus:

„Jawohl, in einem nationalsozialistischen Preußen wird die Polizei aus der SA gebildet werden! Natürlich auf streng gezieltem Wege!“

Damit hat der Nazifraktionsführer und Mitglied der Nazi-Fraktion des aufgelösten Reichstages, der sicherlich über die internen Beratungen informiert ist, die Kasse aus dem Saß gelassen.

Die Hezke gegen Grzesinski.

Den Nazis verhaftet, weil er die Gesehe schützt.

Das Berliner Naziblatt setzt seine verlogene Hezke gegen den Berliner Polizeipräsidenten Grzesinski munter fort. In größter Aufmachung auf der ersten Seite wiederholt der „Angriff“ gestern seinen schon so oft gedruckten Wunsch, Albert Grzesinski gestürzt zu sehen. Diesmal fordert man den Rücktritt des Berliner Polizeipräsidenten, weil er die Genehmigung für eine für den 28. Juni geplante Kundgebung der Deutschen Studentenschaft gegen „Berjassas“ im Lustgarten verweigert hat. Selbstverständlich wissen auch die Herren in der Redaktion des „Angriff“, daß in Preußen nach wie vor das Demonstrationsverbot besteht und daß Grzesinski mit dem Verbot der geplanten Kundgebung nur seine gesetzlich vorgeschriebene Pflicht erfüllt hat. Der „Angriff“ aber fragt pathetisch, ob „das Hindenburg-Kabinett der nationalen Konzentration diese Ungeheuerlichkeit widerprüflos hinnehmen will.“

Eine Ungeheuerlichkeit wäre es allerdings gewesen, wenn unser den bestehenden Gesetzeszuständen irgendein Polizeipräsident anders gehandelt hätte, als es der Berliner Polizeipräsident als Hüter der Staatsautorität getan hat. Die

neue Phase des nationalsozialistischen Hochstufes kennzeichnet von neuem die üble Absicht und die gemeine Böswilligkeit, mit der hier gearbeitet wird.

Notverordnungsfeier.

Goebbels läßt flaggen und will den „Vorwärts“ verbieten!

Die Notverordnungen der Regierung Papen-Schleicher haben die Hebermannstraße in Jubelstimmung versetzt. Zur Feier der Herabsetzung der Kriegsbeschädigtenrenten und der Wiederernennung des Hauptmanns Röhm zum Chef des Stabes der SA hat Herr Dr. Joseph Goebbels seinen Parteimitgliedern die Beflaggung ihrer Wohnungen mit Hakenkreuzfahnen anbefohlen. Zugleich verlangt Herr Goebbels — wir wissen nicht zum wievielten Male — ein Verbot des „Vorwärts“, diesmal, weil er die Aufhebung des SA-Verbots „ein Stück aus dem Tollhaus“ genannt hat.

Die Verbotsheke gegen den „Vorwärts“, die übrigens von der ganzen Reichspropaganda systematisch betrieben wird, verfolgt das doppelte Ziel, die Regierung zu einer Dummheit zu verleiten und uns einzuschüchtern. Ob das erste Ziel erreicht ist, können wir nicht entscheiden. Das zweite ist es bestimmt nicht!

Hauptmann Röhm wieder Stabschef.

Der Chef des Stabes der SA, Röhm, erläßt einen Aufruf, in dem er u. a. mitteilt, daß er durch das Vertrauen Adolf Hitlers wieder als Chef des Stabes berufen und mit der Reorganisation der SA- und SS-Gliederungen beauftragt worden sei. Auch der Reichsführer der SA, Himmler, gibt in einem Aufruf seine Wiederbetätigung bekannt.

Hauptmann a. D. Röhm hat also nach wie vor das Vertrauen Adolf Hitlers. Weber seine bekannten Neigungen, nach die kommunistischen Briefe, die er geschrieben hat, haben daran etwas geändert. Hülers „unerschütterliches Vertrauen“ ist der treffendste Ausdruck für den Geist, der die Leitung der Nationalsozialistischen Partei, der Partei „der stützigen Erneuerung“, befeuert.

Krise durch Lohnabbau.

Die Kaufkraftschrumpfung 1931.

Das Reichsversicherungsamt hat soeben die vorläufigen Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der Träger der Unfall- und Invalidenversicherung für das Jahr 1931 veröffentlicht.

Die gesamten Ausgaben in der Unfallversicherung im Jahre 1931 beliefen sich hiernach auf 418,3 Mill. M., das sind etwa 11 Mill. M. weniger als im Jahre 1930. Das von den Betriebsunternehmern aufzubringende Umlagegeld beträgt für das Jahr 1931 bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften 258 231 500 M. (1930 291 855 000 M.), bei den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften 86 105 000 M. (1930 88 817 600).

Die Zahl der versicherten Personen (teilweise geschätzt) ist bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften auf 9 451 200 festgestellt worden gegen 11 238 700 im Vorjahre. Die Zahl der Vollarbeiter (ebenfalls teilweise geschätzt) beläuft sich für 1931 auf 8 345 700 gegen 9 984 100 im Jahre 1930. Für die landwirtschaftliche Unfallversicherung sind neue Feststellungen über die Zahl der Versicherten nicht getroffen worden. Es kommen daher 14 054 000 Versicherte, wie bisher, in Betracht.

Die bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften der Umlage zugrunde gelegten Löhne sind auf 16 673 204 400 M. festgestellt worden gegen 21 602 223 400 M. im Jahre 1930. Das ergibt also eine Kaufkraftschrumpfung innerhalb eines Jahres von rund fünf Milliarden Mark. Diese Schrumpfung geht ausschließlich zu Lasten der Arbeiterklasse. Diese Schrumpfung umfaßt aber nur die Arbeiter und Angestellten, die in den gewerblichen Berufsgenossenschaften versichert sind. Der Lohnabbau als Krisenursache tritt hier plastisch in Erscheinung.

In der Invalidenversicherung wird eine Gesamteinnahme von 921,9 Mill. M. nachgewiesen, wovon 819,2 Mill. Mark auf Beiträge und 88,6 Mill. M. auf Zinsen und Ruzungen entfallen. Die Ausgaben mit 1 109,5 Mill. M. übersteigen die Einnahmen um 187,6 Mill. M., die dem Vermögen entnommen werden mußten. In den Ausgaben sind die Rentenleistungen mit 969,9 Mill. M., die Verwaltungsausgaben (einschließlich der Vergütungen an die Deutsche Reichspost) mit 64,4 Mill. M. vertreten. Für freiwillige Leistungen, insbesondere Heilverfahren, sind 69,9 Mill. M. aufgewendet worden.

Verbandstag der Arbeitsinvaliden.

Die Opfer wehren sich.

Der 2. Verbandsvorsitzende Gädler-Berlin schloßerte in seinem Bericht die Schwierigkeiten, die der Verbandentwicklung durch Wirtschaftskrise und Rentenabbau erwachsen sind. Trotzdem konnten in den letzten drei Jahren rund 1200 neue Ortsgruppen gegründet werden. Die Mitgliederzahl ist von rund 262 000 im Jahre 1928 auf rund 325 000 im Jahre 1931 angewachsen. Millionen Flugblätter, Plakate, Referentienmaterial und Handzettel wurden herausgegeben. Die Filmpropaganda hat sich als außerordentlich gut bewährt. Die Verbandszeitung wurde von 8 auf 12 Seiten verstärkt. Die Auflage stieg von 360 000 auf 400 000. Die Auflage des Mitteilungsblattes für die Verbandsfunktionäre stieg in derselben Zeit von 9000 auf über 11 000.

Bei der Auseinandersetzung mit den Gegnern spielte die Frage der politischen Einstellung des Verbandes eine große Rolle. Der Verband hält auch jetzt an seiner politischen Neutralität fest. Die Gegner der Organisation gehen mit den stärksten Verteilungen und demagogischen Angriffen gegen sie vor. In diesem Kampf konkurrieren der kommunistische „Internationale Bund“ und in der letzten Zeit auch die Nationalsozialisten miteinander.

Die Nationalsozialisten sind grundsätzliche Gegner der Sozialpolitik.

Die Arbeitsinvaliden dürfen sich auf keinen Fall zum Schrittmacher der nationalsozialistischen Bewegung degradieren lassen. In dieser Zeit der schlimmsten Krise kommt es mehr als je darauf an, in treuer Kameradschaft zusammenzutreten.

Den Kassenbericht, den der Verbandskassierer Matthes, Berlin, gab, zeigte, daß der Verband sich auch in finanzieller Hinsicht glänzend gehalten hat. Eine günstige Entwicklung hat die Verbandssterbefasse genommen. Ihre Ausgaben sind ständig gewachsen. Das Vermögen der Sterbefasse ist zwar größer geworden, doch kann die Unterstützungsleistung nicht erhöht werden.

Der Rentenabbau wirkt sich offensichtlich in einer erhöhten Sterbeziffer aus.

Da gilt es denn, alles zu tun, um die Leistungen auch für die Zukunft zu erhalten. Besonders wichtig ist die Funktionärerunterstützungskasse des Verbandes. Auch die lang gehegte Absicht, eine Angestelltenunterstützungskasse einzurichten, wurde in der Berichtszeit verwirklicht. Der Verbandsvorstand hat alles getan, um sparsam und ordentlich zu wirtschaften. In der nächsten Zeit werden wir im schwersten aller Kämpfe stehen. Alles, was in harter Arbeit geschaffen wurde, steht in höchster Gefahr. Für uns heißt das, höchste Verantwortung zu tragen. Unsere Grundzüge:

Friede, Freiheit und Brot.

werden wir mit Erfolg vertreten können, wenn wir für eine ständige Stärkung unserer Verbandskraft Sorge tragen. (Stürmischer Beifall.)

Den Bericht des Verbandsausschusses und der Revisoren gab Dorbed, Oberhausen. Er konnte von einer mustergültigen Geschäftsführung der Verbandskasse berichten. Mackenrodt, Weimar, berichtete namens der Organisationskommission.

In der Diskussion wurden in der Hauptsache die Sterbefasse, der Verbandsbeitrag, die Funktionärerschulung und die Agitation ausführlich behandelt. In allen wichtigen Fragen teilen die Delegierten den Standpunkt des Verbandsvorstandes.

Am 4. Verhandlungstag sprach Reichstagsabgeordneter Kurt Heinig, Berlin, über das Thema „Wirtschaftsnot und Sozialversicherung“. Im Anschluß daran gab der Verbandsvorsitzende Karsten dem tiefsten Abscheu und den heftigsten Protest des Verbandstages zur neuen Rotverordnung Ausdruck. Die Verbandsleitung hat sofort nach Bekanntwerden der Rotverordnung ein Protesttelegramm an den Reichspräsidenten abgefaßt.

Die Wahl der Verbandsinstanzen ergab folgendes

Resultat: der geschäftsführende Vorstand, bestehend aus dem ersten Vorsitzenden August Karsten, 2. Vorsitzenden Kurt Gädler, Kassierer Max Matthes, wurde einstimmig wiedergewählt; auch die weiteren Mitglieder des Verbandsvorstandes wurden einstimmig gewählt, ebenso die bisherigen Mitglieder des Verbandsausschusses.

Zum Schluß wies Karsten auf die Fülle der vom Verbandstag geleisteten Arbeit hin: Unsere Freude an der sachlichen Arbeit wird nur geschmälert durch die fürchterliche Rotverordnung, die jetzt wie ein Alp auf Millionen der Sozialrentner lastet. Bei der Erledigung der schweren Zukunftsaufgabe kommt es auf die Mitarbeit aller Verbandsfunktionäre an, dazu sei an dieser Stelle ganz besonders aufgerufen. Das Vertrauen, das sich der Verbandsvorstand erworben hat, soll gemehrt werden, aber unbedingte Unterstützung aus allen Kreisen des Verbandes ist die beste Grundlage für positive Verbandsarbeit. Mit dem Gruß der Eisernen Front: „Freiheit!“ schloß Karsten den Verbandstag unter stürmischem Beifall aller Teilnehmer.

Was Herr Schäffer nicht hören wollte.

Er bekommt es schriftlich.

Der neue Reichsarbeitsminister Dr. Schäffer empfing am Freitag die Vertreter der Kriegsofferorganisationen. Er betonte in seiner Ansprache, daß auch von den sozial schwächeren Kreisen in dieser Notzeit ungeheure Opfer verlangt werden müßten; es sei jedoch für ihn eine gewisse Beruhigung, daß die Rotverordnung für die Kriegsoffer doch nur „verhältnismäßig glimpfliche“ Veränderungen gebracht habe.

Ohne von den anderen Verbänden beauftragt zu sein, erwiderte der Vorsitzende des Reichsbundes auf die Ansprache des Ministers. Seine Antwort bestand im wesentlichen aus einigen höflichen Worten. Als der Vertreter des Reichsbundes, also der größten — 450 000 Mitglieder zählenden — Kriegsofferorganisation sich zum Wort meldete, verabschiedete sich der Reichsarbeitsminister mit der Erklärung, weitere Erklärungen nicht mehr entgegenzunehmen zu können!

Der Bundesvorstand des Reichsbundes hat nunmehr in einem besonderen Schreiben an den Reichsarbeitsminister die Stellung der größten deutschen Kriegsofferorganisation zu der durch die Rotverordnung geschaffenen Sachlage dargelegt und Befreiung einer Reihe unerträglich harter geordert. Er betont, der Bund verkenne nicht die Schwierigkeiten, unter denen das Volk nach einem verlorenen Krieg leben müsse; es gehe aber nicht an, daß nur ein Teil des Volkes Opfer bringen müsse und daß nur ein Teil des Volkes die nationale Bestimmung vorbehalten sei.

Es ist übrigens ein starkes Stück und eine Brüskierung ohne Beispiel, daß der Minister den von ihm geladenen Vertreter der weitaus größten Organisation der Kriegsoffer nicht zu Worte kommen ließ. Die richtige Antwort erfolgt am 31. Juli.

Wieder Konflikt im Expeditionsgewerbe.

Uferloser Lohnabbau.

Nach der Kündigung des Lohn- und Manteltarif des Expeditionsarbeiter zum 30. April verlangten die Unternehmer einen 10prozentigen Lohnabbau sowie erhebliche Verschlechterungen des Manteltarif, wie zum Beispiel die Kürzung des Urlaubs bis um vier Tage, Änderungen der über den § 616 BGB getroffenen Vereinbarungen zugunsten der Expeditionsarbeiter usw. Vom Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses, Gewerberat Körner, ist den Parteien schließlich ein Vergleichsvorschlag unterbreitet worden, der von der Lohnwoche an, in die der 1. Juli fällt, einen Abbau der Löhne um 6 Proz. vorsieht. Der Manteltarif soll bis zum 15. August verlängert werden, jedoch mit der Maßgabe, daß hinsichtlich des Arbeitsbeginns

und der Sonntagsarbeit betriebliche Ermäßigungen getroffen werden dürfen, die von den bisherigen Manteltarifbestimmungen abweichen. Die Urlaubsbestimmungen sollen nach dem Vergleichsvorschlag bis zum 31. März 1933 unverändert in Kraft bleiben.

Die im Gesamtverband organisierten Expeditionsarbeiter haben in einer Vollversammlung nach einem ausführlichen Situationsbericht des Genossen Klose den Vergleichsvorschlag trotz schwerer Bedenken angenommen. Die Unternehmer haben es fertig bekommen, den Vorschlag, der ihren Forderungen sehr weit entgegenkommt, abzulehnen. Sie hegen offenbar die Erwartung, daß das Dritte Reich bald anbricht und sie dann überhaupt keine Tariflöhne mehr zahlen brauchen. Von der Entscheidung des Schlichtungsausschusses, der die Parteien zu Montag geladen hat, wird es abhängen, ob es zu einem ersten Konflikt im Berliner Expeditionsgewerbe kommt. Die Expeditionsarbeiter sind entschlossen, falls die Unternehmer unnahegeblieben, den Spieß umzudrehen.

Sie gehen nicht mehr stempeln!

Die fürchterliche Krise im Holzgewerbe.

Der ungeheure Krisendruck, der schon seit langer Zeit auf der Berliner Ortsverwaltung des Holzarbeiterverbandes lastet, hat auch im ersten Quartal nicht nachgelassen.

Die der Bevollmächtigte Genosse Freigang in der Generalversammlung am Dienstag berichtete, ist die Zahl der erwerbslosen Holzarbeiter in Berlin mit rund 29 000 in den ersten drei Monaten dieses Jahres stabil geblieben. Bis zum 31. Mai allerdings ist die Zahl der eingetragenen erwerbslosen Holzarbeiter um 2500 zurückgegangen. In diesem Rückgang kommt aber nicht etwa eine Besserung der Arbeitsmarktlage zum Ausdruck, es handelt sich dabei vielmehr größtenteils um arbeitslose Holzarbeiter, die keinerlei Unterstützung mehr beziehen und deshalb auch nicht mehr zur Stempelkontrolle auf dem Nachweis erscheinen. Die früher von den Unternehmern so oft aufgestellte Behauptung, daß an der großen Arbeitslosigkeit in der Berliner Holzindustrie die „hohen“ Holzarbeiterlöhne schuld seien, sind jetzt am treffendsten dadurch widerlegt, daß in Ostpreußen, wo die Holzarbeiterlöhne viel niedriger sind als in Berlin, die Arbeitslosigkeit noch bedeutend größer als hier ist. Die Arbeitslosigkeit hat sich natürlich auch auf die Mitgliederbewegung wieder sehr ungünstig ausgewirkt. Das Berichtsquartal schloß mit 18 475 männlichen Mitgliedern ab, das sind 2653 weniger als Ende 1931.

Genosse Freigang ging dann noch im einzelnen auf die Abwehrbewegungen ein, die von der Ortsverwaltung während der Berichtszeit geführt worden sind. Die Diskussion wurde von den wenigen kommunistischen Delegierten, die es in der Berliner Generalversammlung der Holzarbeiter noch gibt, in widersprüchlicher Weise zur Propaganda für die „Einheitsfront“, wie sie von der KPD verstanden wird, ausgenutzt. Man muß die Ausführungen der kommunistischen Redner deshalb als widersprüchlich bezeichnen, weil im Holzarbeiterverband nur politisch organisierte Mitglieder der Generalversammlungsdelegierte sein können, die Redner sich also durchaus darüber im klaren waren, daß sie den in der gesamten Klassenbewegung vorhandenen Willen zur Einigkeit im Kampfe gegen den Faschismus einer unehrlichen Parole der KPD unterzuordnen versuchten.

Die kommunistischen Demagogen wurden aber in einer Weise entlarvt, die sie sicherlich nicht erwartet hatten. Zu einem von ihnen eingebrachten Antrag, der die Herstellung der Einheitsfront forderte, wurde ein Zusatzantrag eingebracht, der die Delegierten verpflichtete, für die Verbreitung der wirklichen Einheitsfront der Eisernen Front Sorge zu tragen. Gegen diesen Zusatzantrag stimmten etwa 20 Kommunisten, denen dann unter dem Hohngelächter der Versammlung sichtlich unangenehm zu Mute wurde.

Wählung, Kohrer! Die Firmen des Rohrdeckengewerbes zahlen nicht die tariflichen Löhne. Die Fachgruppenversammlung hat deshalb am Donnerstag einstimmig beschlossen, daß alle Firmen, die den Tarifvertrag nicht einhalten, gesperrt werden. Zur Zeit zahlen nachstehende Firmen nicht die tariflich festgelegten Löhne, und sie werden deshalb gesperrt: Wilhelm Stahl, Berlin, Wollankstraße 67; Richard Arndt, Sübende, Friedenauer Straße 3; Hermann Benzke, Berlin, Treasowstraße 33; Gustav Breuß, Charlottenburg, Kantstraße 117; Christian Woina, Berlin SO, Kölnische Ufer 56; Pelling u. Krause, Friedenau, Borsinger Straße 4; Friedrich Diehl, Berlin S., Fichtestraße 14; Laumann u. Wernicke, Berlin, Schmollerstraße 6; Friedrich Pantermühl, Lichterfelde, Hindenburgdamm 71. Wir bitten sämtliche Kollegen Bauarbeiter, Solidarität zu üben und dafür zu sorgen, daß die Baustelle nicht mit Streikbrechern besetzt wird. Deutscher Bauarbeiterbund, Bauarbeiterhof Berlin, Fachgruppe Kohrer.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Deuts. Sonnabend, 18. Juni, finden folgende Veranstaltungen statt:
Südbühne: Sommerfestspiele in der Foyer-Sonnenbrücke.
Jugendgruppe des Gesamtverbandes: Wohnraumbau. Auf nach Tiefener-Gartengrund-Langen Str. Treffpunkt 18 1/2 Uhr Schlichter Bahnhof (Briesener Bahnhof).
Jugendgruppe des Deutschen Bauarbeiterbundes, Maurer: Spandau: Bauabend im Jugendheim Lindenufer. — Bergen: Sonntag, 19. Juni, finden folgende Veranstaltungen statt: Jugendgruppe des Bauarbeiter- und Zentralarbeiterverbandes: Fahrt nach Strausberg-Tägerssee. Treffpunkt 6 1/2 Uhr Schlichter Bahnhof. — Jugendgruppe des Deutschen Bauarbeiterverbandes: Wandertag nach den Rauenhunden Bergen. Treffpunkt 7 Uhr Schlichter Bahnhof, Eingang Breslauer Straße.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Unter Singkreis ist heute von 19-22 Uhr im Jugendheim Ulmer Straße 4. — Spiele im Freien: Ab 12 Uhr auf dem Sportplatz Humboldthain.

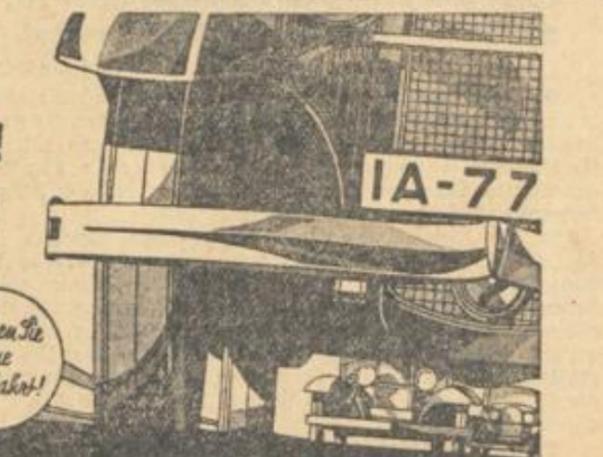
Verantwortlich für Politik: Viktor Hoff; Wirtschaft: G. Altmeyer; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Redaktion: Dr. John Schönewald; Verlags- und Vertriebs: Reich Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Schmidt in Berlin. Verlags- und Vertriebs: Reich Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Schmidt in Berlin. Verlags- und Vertriebs: Reich Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Schmidt in Berlin.

Wertvolle Erfahrungen, die Sie nichts kosten!

Seit jeher hat sich Opel nur auf den Bau wirtschaftlicher und preiswerter Qualitätswagen konzentriert, — immer war restlose Zweckerfüllung oberster Grundsatz bei jeder Konstruktion. Die auf diesem klaren Weg erarbeiteten Erfahrungen kommen heute dem Käufer der neuesten und vollendeten Opelkonstruktionen zu gute, denn nie vorher kam es so sehr auf Preiswürdigkeit und Qualität, auf Wirtschaftlichkeit und Zweckerfüllung an.

OPEL erfahrungsgemäß überlegen!

Die herabgesetzten Preise:
1,2 LITER 4 ZYLINDER ABRM 1890
1,8 LITER 6 ZYLINDER ABRM 2695
Preise ab Werk Rüsselsheim am Main. Bequeme Zahlungsbedingungen durch die Allgemeine Finanzierungs-Gesellschaft. Günstige Koska-Versicherung durch die Allgemeine-Versicherungs-A-G.



Machen Sie eine Probefahrt!

Das Urteil gegen Matuska

Sechs Jahre schweren Kerker für den Eisenbahnverbrecher

Wien, 17. Juni.

Um 20 Uhr verkündete das Gericht das Urteil im Prozeß gegen Matuska. Matuska erhält sechs Jahre schweren Kerker, verschärft durch einen Fasttag und hartes Lager an jedem 31. Dezember und 30. Januar. Nach abgehühter Strafe wird er des Landes verwiesen. Außerdem hat er die Prozeßkosten zu ersetzen und Schadenersatz in Höhe von 4199 Schillinge 72 Groschen an die österreichische Bundesbahn zu leisten. Die Untersuchungshaft vom 7. Oktober 1931 bis zur Stunde der Urteilsverkündung wird in die Strafzeit eingerechnet.

Die Urteilsbegründung.

Der Vorsitzende führte aus, daß sich das Urteil in objektiver Hinsicht auf Matuskas Geständnis sowie auf das Ergebnis des Beweisverfahrens stütze; in subjektiver Hinsicht darauf, daß Matuska den bösen Vorfall zugegeben habe. Das Ungeheuerliche seiner Tat habe den Eindruck erweckt, daß er nicht normal sei; doch hätten alle Gutachten übereinstimmend festgestellt, daß Matuska seine Zurechnungsfähigkeit nicht verloren habe. Das Gericht hat sich diese Meinung zu eigen gemacht und sein Urteil darauf gegründet. Entscheidend für das Urteil war die Wiederholung des Deliktes, der zweite Unzacher Versuch, der, wenn er erfolgreich gewesen wäre, viele Menschen in Todesgefahr gebracht hätte, wie das später bei Jüterbog und Via Torbagg der Fall war. Das Vergehen Matuskas ist eine der schwersten und ungeheuerlichsten Taten dieser Art und daher ist das Gericht über das vom Staatsanwalt beantragte Strafmaß hinausgegangen.

Vors.: Matuska, haben Sie alles verstanden? **Matuska:** Jawohl. **Vors.:** Sie können gegen das Urteil das Rechtsmittel der Nichtigkeitsbeschwerde oder der Berufung ergreifen. **Angekl.:** Ich will nur noch sagen: Mein einziges Ziel, wegen dessen ich hier sitze, will ich nicht zurücknehmen, bis mein letztes Herz klopft. **Dr. Ettinger:** Ich melde die Nichtigkeitsbeschwerde an. Auf die Berufung wird verzichtet.

Darauf wurde die Verhandlung geschlossen. Matuska ging ruhig in seine Zelle zurück.

Die Aussage der Frau Matuska.

Unter größter Spannung des vollbesetzten Saales war Frau Matuska vernommen worden. Frau Matuska spricht so leise, daß man sie in der nächsten Umgebung nur mit Mühe verstehen kann. Ihre Aussprache hat einen unverkennbaren ungarischen Akzent. Sie gibt an, 34 Jahre alt zu sein; vor ihrer Verheiratung war sie Lehrerin in Gantaver. Sie erzählt dann: Im Jahre 1918 trat ich mit Matuska in nähere Beziehungen; 1919 heirateten wir. Ueber die Verhältnisse meines Mannes weiß ich nicht viel. Sein verstorbener Vater war Pantoffelmacher; die Mutter lebt noch. Die Zeugin erklärt weiter, daß ihr von Krankheiten in der Familie ihres Mannes nichts bekannt sei, doch habe sie gehört, daß seine Großmutter unmäßig viel Schnaps getrunken habe. Ihr Mann dagegen sei ein schwacher Trinker. **Vors.:** Zeigte ihr Mann in den letzten Jahren ein ungewöhnliches Benehmen? **Zeugin:** Er hatte immer schon sehr viel Phantasie und trug sich mit großen Plänen. Iren, sagte er, du wirst sehen, ich werde ein berühmter Mann. Wir werden viele Milliarden verdienen. Besonders viel beschäftigte er sich mit dieser Sache. (Frau Matuska zeigt auf die Turbine.) Sie hat ihm viel Geld gefostel. Mein Mann meinte, ganz Europa werde die Bahnen elektrifizieren müssen, und die ganze Welt werde seine Erfindung einführen.

Matuska sprang dann plötzlich auf und rief: Neigt soll die ganze Welt hören, was ich dir schon immer gesagt: Ich liebe dich, du bist allein im meiner Herz! Frau Matuska ist über diesen Ausbruch ihres Mannes so erschüttert, daß sie nicht weiterprechen kann und in Tränen ausbricht. Man bringt ihr Wasser; Matuska wirft ihr einen liebevollen Blick zu und murmelt: Bitte, fünf Minuten Pause.

Als Frau Matuska nach der Beendigung ihrer Aussage an der Anklagebank vorbeikommt, ergreift Matuska ihre Hand und küßt sie inbrünstig. Frau Matuska beugt sich über ihn und küßt ihn auf die Lippen. Der Angeklagte weint vor sich hin.

Der Antrag des Staatsanwalts.

Staatsanwalt Dr. Freilinger hatte in seinem Plädoyer erklärt, die besondere Verurtheit der Handlung Matuskas bei dem Unzacher Attentat lasse sich ermessen, wenn man bedenke, daß der Zug mit einer Geschwindigkeit von 75 Kilometer dahingeraht

lei und zweihundert Menschenleben in Todesgefahr schwebten. Was das Motiv betrifft, so dürfte es in erster Reihe materieller Natur gewesen sein. Eine große Rolle spielten aber auch Matuskas Geltungsbedürfnis, seine durch die Eitelkeit angefachete Sensationslust und nicht zuletzt sein Sadismus. Dieser Sadismus zeigt sich insbesondere darin, daß er einem besorgten Vater, der zitternd und bangend auf dem Wiener Westbahnhof die Ankunft seiner Angehörigen mit dem Via-Torbagger Schnellzug erwartete, sofort erzählte, seinem Söhnchen seien beide Fische abgefahren worden. Matuskas Verurteilung in Oesterreich dürfte keine bloße Formsache sein. Der Staatsanwalt beantragte schließlich eine Strafe von fünf Jahren schweren Kerkers. Das Gericht ging über diesen Antrag hinaus und verhängte das oben wiedergegebene Urteil.

Immer wieder: Benzineexplosion in der Wohnung.

Im Hause Sodener Straße 34 ereignete sich gestern nachmittag eine folgenschwere Benzineexplosion, bei der die 21 Jahre alte Hausangestellte Grete Raddach erhebliche Brandverletzungen erlitt. Das junge Mädchen war in der Küche mit dem Reinigen von Kleidern beschäftigt, wozu sie Benzin verwandte. Unvorsichtigerweise ließ die Hausangestellte die Flasche unvertorcht, so daß Benzindämpfe entströmten, die durch die Flamme des Gasofehlers plötzlich entzündet wurden. Durch die hervorschießende Stichflamme wurde Grete R. im Gesicht schwer verletzt.

Brandstiftungen in Schulen.

Die Tat eines Geistesgestörten?

In den gestrigen Abendstunden brach in kurzen Abständen in der 14. Hifsschule in der Ruheplatzstraße, in der 56. Gemeindeschule in der Göttenburger Straße und in der Werner-Siemens-Oberrealschule in der Badstraße 22 auf dem Gesundbrunnen, Feuer aus. In allen Fällen gelang es der Feuerwehr, die Brände schon nach kurzer Zeit zu ersticken.

Der erste Alarm kam um 17,50 Uhr aus der Ruheplatzstraße. Dort stand ein Teil eines Klassenzimmers in Flammen. Wie später festgestellt wurde, war das Feuer in dem Bücherschrank entstanden. Es zeigten sich Spuren, daß verbrecherische Hände am Werke gewesen waren. Um 19 Uhr wurde in einem Klassenzimmer der Gemeindeschule in der Göttenburger Straße Feuer bemerkt. Auch in diesem Falle brannte ein Bücherschrank. Das Feuer konnte sofort auf seinen Herd beschränkt werden. Schließlich kam der dritte Feueralarm aus der Werner-Siemens-Oberrealschule aus der Badstraße 22, wo abermals ein Bücherschrank in einem Klassenzimmer brannte. In der Göttenburger und Badstraße ist Brandstiftung einwandfrei nachgewiesen worden. Es besteht kein Zweifel, daß es sich in allen Fällen um einen und denselben Täter handelt.

Die Kriminalpolizei hat die weiteren Ermittlungen aufgenommen. Es wird vermutet, daß man es mit einem Geisteskranken zu tun hat.

Reichswehrsoldat bei Schwimmübung ertrunken.

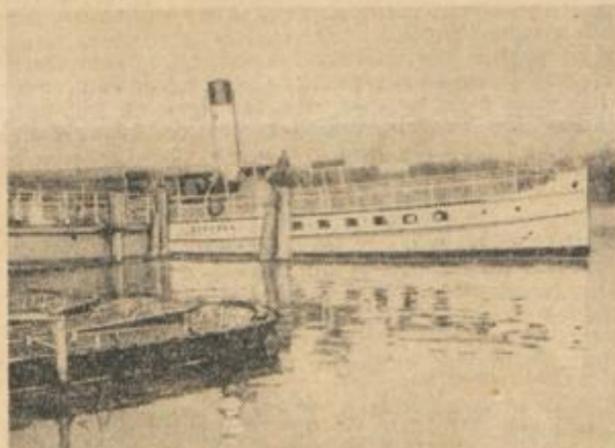
Oblau i. Schles., 17. Juni. (Eigenbericht.)

Heute nachmittag gegen 16,30 Uhr ertrank bei einer Schwimmübung in Oblau i. Schles. der Reiter Ellguth der 1. Eskadron des Reiterregiments 11. Die Leiche konnte bisher noch nicht gefunden werden.

Rund um den Tegeler See

Wanderungen im Berliner Norden

Kein Sommer darf vergehen, ohne daß der Berliner einmal das gute, alte Tegel aufsucht, wo es noch Getre befruchtlich spuken soll. Abergläubische Gemüter seien jedoch beruhigt: man merkt nichts davon. Tegel selbst, das schon im 14. Jahrhundert gegründet wurde und jahrzehntelang eine beliebte Berliner Sommerfrische war, ist heute ein Stück des nördlichen Berlins mit breiten Straßen und hohen Häusern, Mietkasernen und Fabriken.



Bei Tegelort

Besonders die großen Berliner Gaswerke und das jetzt leider vertriebte Borfigwerk geben ihm das industrielle Gepräge. Aber wenige Kilometer außerhalb der Siedlung dehnt sich der wundervolle Tegeler Wald, und dann ist der weite Tegeler See da, über den man sich auch heute noch in der schlechten Zeit eine billige Dampferfahrt leisten kann.

Eine große Anzahl von B.B.-Linien und auch die Eisenbahn fahren nach Tegel. Von der Berliner Straße biegt links die Hauptstraße ab, die an der Kirche vorüber zur Dampferstation am See führt. Wir benutzen von hier den Dampfer nach Tegelort oder laufen um den wundervollen See herum nach Tegelort. Der Weg führt an zahlreichen Bootsstegen vorüber, um die „Malschsee“ genannte Bucht herum, an der Villa der Herren von Borfig vorbei, nach Tegelort. Gegenüber von Tegelort liegt

die Schulinsel Scharfenberg. Sie bildet das Entzücken der Schüler, die den Vorzug genießen, hier einen Teil ihrer Schulzeit verbringen zu dürfen. Am Havelufer wandert es sich auch heute noch, trotzdem die Siedlungen Jörsfelde und Konradshöhe sich ständig vergrößert haben, noch gut. Nördlich von Konradshöhe, in der Nähe von Sandhausen, ladet eines der vielen Freibäder in der näheren und weiteren Umgebung Berlins zum Berweilen ein. Wenige Schritte später finden wir am Heiligensee ebenfalls ein viel besuchtes Freibad. Von Heiligensee aus kann man die Straßenbahn zur Rückfahrt benutzen. Wer nach Tegel zurückwandern möchte, dem sei der in der Nähe des Schillinghauses von Sandhausen nach Osten abbiegende Weg empfohlen, der durch den Hochwald zum Schwarzen Weg am Nordende des Malschsees führt. Wenige Schritte von der Einmündung unseres Weges in den Schwarzen Weg stehen alte Eichen, unter denen die „Dicke Marie“ eine gewisse Berühmtheit erlangt hat. Wer noch Zeit hat, möge jetzt dem Part der Humboldts einen Besuch abstatten. (Besichtigung 25 Pf.) Es handelt sich hier um einen der schönsten Parks im Gebiete Berlins. Er birgt das Erbgrabnis der Familie Humboldt, das von der auf hoher granitiner Säule thronenden Hoffnung, einem Werke Thormwaldens, überragt ist.

Eine andere Möglichkeit bietet die Wanderung von Heiligensee nach Spandau. Wir lassen uns mit der Fähre für 10 Pf. nach Nieder-Neuendorf übersetzen. Von hier gehen wir in südlicher Richtung weiter. Nach etwa einem Kilometer können wir links zum Havelufer abbiegen und diesem etwa bis zur Bürgerablage folgen. Nach wenigen Schritten erreicht man von hier die Neuendorfer Allee, die nach Spandau führt. Von hier bis zum Bahnhof Spandau sind immerhin noch fünf Kilometer. Man kann sich aber auch wieder nach Tegelort übersetzen lassen und mit der Linie 28 nach Berlin zurückfahren.

Ein anderer, sehr schöner Weg führt von Nieder-Neuendorf an den Papenbergen vorbei auf dem sogenannten Jägergestell durch die Spandauer Stadtfors. Das Jägergestell trifft schließlich auf die Chaussee, die von Spandau nach Schönwalde führt. Wir wenden uns nach Süden und erreichen beim Johannistift den Anschluß an die Straßenbahn, die wir zur Rückfahrt nach Berlin oder auch zur Fahrt nach dem von hier nach vier Kilometer entfernten Bahnhof Spandau-West benutzen können.

Weglängen: Tegel—Tegelort 6 Kilometer; Tegelort—Heiligensee 4 Kilometer; Heiligensee—Spandau (Johannistift bzw. Bürgerablage) 5 bzw. 3 Kilometer; Heiligensee—Bahnhof Spandau-West etwa 9 Kilometer.

Junno hat ihre eigene Note,

das wissen alle Junnofreunde!

Zur Wahrung ihrer Eigenart, die in sorgfältigster Mischung bester Tabake liegt, verzichtet

JUNNO

auf Zugabe von Wertmarken, Gutscheinen oder Stickereien.

Junno wirbt nur durch sich selbst!



KON UNGB

IMMER VOLLES FORMAT

IMMER GLEICH GUTE MISCHUNG

IMMER FRISCH

Stabsberatungen abgebrochen.

Erwerbslose im Rathaus.

Der Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung beschloß, die zweite Stabsberatung abzubrechen und eine dritte Sitzung erst im Herbst vorzunehmen. In den Stadtverordnetenberatungen der kommenden Woche wird lediglich die Dringlichkeitsvorlage des Magistrats über die Vertagung der Stabsberatung beraten werden, die im Ausschuss heute mit 13 von 23 Stimmen angenommen wurde. Als Zusatz zu dieser Vorlage wurde beschlossen, daß der Magistrat die städtische Wirtschaft nach den Abänderungsbeschlüssen der Stadtverordneten zum Etat durchführen soll.

Im Rathaus spielte sich gestern während der Stabsberatungen des Haushaltsausschusses eine Erwerbslosen-Demonstration ab. Etwa 80 Erwerbslose aus dem Bezirk Friedrichshagen, die dem Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit angeschlossen sind, drangen in das Rathaus ein. Einem kleineren Teil von etwa 30 Personen gelang es, durch das Foyer in den Sitzungssaal einzudringen und dort vorstellig zu werden. Es gelang dem Zureden des Stadtverordnetenvorsetzers, die Deputation zum Verlassen des Sitzungssaales zu bewegen, worauf sie an den Tischen im Foyer Platz nahmen. Oberbürgermeister Dr. Sahm ließ daraufhin den Demonstranten mitteilen, daß er gewillt sei, morgen eine kleine Abordnung von fünf Personen, die als Vertreter von bekannten Verbänden legitimiert würden, zu empfangen. Heute aber lehnte er jede Aussprache unter dem Zwang einer Sitzungsförderung ab. Die Demonstranten nahmen von dieser Mitteilung Kenntnis, schickten sich aber nicht an, das Rathaus zu verlassen, so daß eine Schupoabteilung einschreiten mußte.

Belobte Polizeibeamte.

Der Berliner Polizeipräsident hat dieser Tage wieder einer Reihe von Schupo-Beamten für ihr umsichtiges und mutiges Verhalten im Dienst seine besondere Anerkennung ausgesprochen. Die Belobten Beamten sind: Polizeioberwachmeister Bientel und Polizeioberwachmeister Kaiser vom 172. Revier, Hauptwachmeister Adam und Oberwachmeister Bieber vom 82. Revier, Wachmeister Biese, Freier und Schöneich von der 3. Bereitschaft, Inspektion Neutölln, Wachmeister Simon, Beyerling, Seyda von der 3. Bereitschaft, Kraftwagenstreife Inspektion Neutölln und der Führer des Polizeiautos, Oberwachmeister Thiede von der Fahrbereitschaft Südost.

Flucht aus dem Gerichtssaal.

Während eines Tumults gelang es heute einem kommunistischen Angeklagten, aus dem Gerichtssaal zu entfliehen. Das Schöffengericht Schöneberg hatte sich in zweitägiger Verhandlung mit einem Prozeß zu beschäftigen, in dem sieben Kommunisten wegen Landfriedensbruchs angeklagt waren. Das Gericht sprach fünf Angeklagte frei, während der Arbeiter Böser wegen schweren Landfriedensbruchs zu 1 Jahr 9 Monaten und der Arbeiter Kramke zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt wurden. Nach der Urteilsverkündung sprang Böser von der Anklagebank auf und rief in den Saal: „Rot Front!“ Die Zuschauer, unter denen sich auch viele Parteigenossen befanden, stimmten in diesen Ruf ein. Die im Saal anwesenden Justizwachmeister drängten die Zuhörer darauf aus dem Saal heraus. Während dieser Zeit gelang es dem Verurteilten Kramke, aus der Anklagebank auf den Korridor zu fliehen und zu verschwinden.

Nazijunge wegen Ungebühr vor Gericht verhaftet.

Auch die gestrige Sitzung des Felsenek-Prozesses mußte vom Vorsitzenden vorzeitig abgebrochen werden. Ein nationalsozialistischer Zeuge geriet bei seiner Vernehmung mit Rechtsanwalt Litten sehr scharf aneinander. Da der Nationalsozialist im weiteren Verlauf seiner Vernehmung auch dem Gericht ungebührliche Antworten gab, wurde vom Vorsitzenden die Verhandlung abgebrochen und der Nationalsozialist wegen Ungebühr vor Gericht zu einem Tag Haft verurteilt und die Strafe sofort vollstreckt.

Achtung! Elternbeitragswahlen. Im Sekretariat des Deutschen Freidenker-Bundes E. B., Berlin SW. 29, Grensenstraße 41, Hof III rechts, sind ab Dienstag, den 21. Juni d. J., eine beschränkte Anzahl von Plakaten vorhanden: „Eltern, wählt Schul-aufbau“, die von den Funktionären in Empfang genommen werden können.



Jan Hus. Der letzte Tag

„Ein kluger Brief, Eminenz!“
„Und ein leichter Brief. Konnte ich es Hus noch deutlicher in den Mund legen? Weißt du seine Antwort? Hier lies, schwarz auf weiß: Ehe ich abschwöre, wäre mir näher, daß mir ein Mühlstein um den Hals gehängt würde! Irrsinn! Irrsinn! Und das heute, während die Kommission über dem Urteil sitzt.“
„Daher Eure Verdrießlichkeit, Eminenz?“
„Ich ärgere mich über mich selber, einem mittelmäßigen Kopf aufgefesselt zu sein und einem halsstarrigen dazu!“
„Hör ich recht: Hus ein mittelmäßiger Kopf?! Früher war Eure Meinung anders, Eminenz!“
„Früher, früher! Warum plagst du mich mit alten Sünden? Früher sah ich in Hus nur den Bekennner. Ich wußte nicht, daß er auf Wolken segelte. Ich glaubte, er sei hieb- und stichfest und hielte stand, am wirklichen Leben gemessen. Ich spürte den heiligen Funken in ihm, das Christuswort: Vater, der Eifer für dein Haus verzehrt mich! Ich meinte, er sei mit uns dazu berufen, den Tempel von den Wechsellern zu reinigen.“
„Das tut er doch, Eminenz!“
„Tut er, tut er, Domdekan! Aber er übertreibt seine Mission. Er wirft nicht nur die Wechsellern aus dem Borhof, nein, er macht sich daran, den Tempel selber umzuwerfen. Am wirklichen Leben läuft er vorbei. Er nimmt die Welt und die Menschen nicht, wie sie sind, sondern wie er sie haben möchte.“
„Ist das so schlimm, Eminenz?“
„Schlimm, wie jeder Zustand gegen das Gegebene. Das Schlimmste aber: da Imagination sein stachelnder Sporn ist, so schafft sich dieser Magister ein eignes Christentum.“
„Ihr meint, Eminenz, er schöbe andern seine Ideen und Charaktere unter?“

Aktion gegen ärmste Mieter

Berlins „nationale“ Hauswirte schaffen Katastrophenstimmung

Es war eine der ersten Taten der Regierung der Barone, die 100 Millionen Mark, die sie an Preußen schuldet, einfach nicht zu zahlen. Dadurch geriet die preußische Landesregierung in ernste Schwierigkeiten, deren Folge dann die letzte preußische Rotterordnung war. Die eigentliche Verantwortung für die einschneidenden Maßnahmen, die die Verordnung zur Sicherung des Haushaltes vom 8. Juni 1932 enthält, fällt deshalb ausschließlich auf die Reichsregierung, deren Zahlungsverweigerung an Preußen die Ursache dieser neuen Bestimmungen war.

Als Hauptpunkt wurde die Hauszinssteuerverordnung in der Weise geändert, daß der Hauszinssteuererlaß für bedürftige Mieter vollständig wegfällt und die Gemeinden dafür im einzelnen einen Wohnungszuschuß leisten. Im Höchstfalle bleiben noch Einkommen bis zu 800 Mark im Jahre von der Hauszinssteuer befreit, während die Grenze bis jetzt 1200 Mark betragen hatte. Wirkte sich schon in den letzten Monaten die Senkung der Hauszinssteuer gerade für die ärmsten Mieter praktisch als Steigerung der Miete aus, so droht jetzt mit dem Termin des ersten Juli geradezu eine Katastrophe einzutreten.

Gestern vormittag wurde in zahlreichen Mietkasernen Berlins ein Anschlag angeheißelt, der klar das unmachtvolle Durchgreifen der Hausbesitzer ankündigt und Entsetzen in die Reihen der Arbeitermieter tragen muß. Verbreitet wird das Plakat vom Bund für Haus- und Grundbesitzer. Der verantwortliche Unterzeichner ist der deutschnationale Landtagsabgeordnete Wenz. Das Plakat unternimmt eine offene Hege gegen die geschäftsführende preußische Regierung, ohne die wahren Hintergründe — die Zahlungsverweigerung der Regierung Papen — auch nur anzudeuten.

Flugblätter für weltliche Schulen

Abteilungen, die noch Flugblätter zur Elternratswahl benötigen, werden dringend gebeten, die Anzahl umgehend telefonisch oder schriftlich dem Bezirkssekretariat mitzuteilen. **Bezirkssekretariat.**

Explosion auf einem Petroleumdampfer.

Montreal, 17. Juni.

Am Bord des englischen Petroleumdampfers „Cymbeline“, der hier auf Trockendock liegt, ereignete sich heute eine schwere Explosion, deren Folgen sich zur Stunde noch nicht völlig überschauen lassen. Zwei Arbeiter werden vermisst, 24 sind verwundet. Von der Mannschaft des Dampfers selbst soll niemand zu Schaden gekommen sein.

Strafanzeige gegen Aufrichts Gegner.

Gegen Dr. Robert Landau, auf Grund dessen Beschuldigungen der Berliner Theaterdirektor Aufricht im Zusammenhang mit der „Bauhütte“-Affäre vorläufig festgenommen worden war, ist jetzt von Aufrichts Anwälten bei der Staatsanwaltschaft I Strafanzeige wegen versuchter Erpressung erstattet worden, weil Landau erklärt haben soll, er würde von weiteren Mitteilungen an die Zollbehörden Abstand nehmen, wenn man ihm die Anteile, die der schlichte Geschäftsführer Jung vom Defa-Verlag an der „Aufricht-Produktion“ habe, ausliefern würde. Dr. Landau hat inzwischen Berlin verlassen und ist nach Paris abgereist. Im übrigen wird er auch beschuldigt, daß er den Zollbehörden in der „Bauhütte“-Affäre das meiste Material, darunter auch die falsche Denunziation gegen Aufricht geliefert und daß er sich selbst gerühmt habe, daß die Beamten der Zollabhandlungsstelle bei ihm ein- und ausgegangen seien. Wie wir hierzu von zuständiger Seite erfahren, handelt es sich dabei aber nicht um die Zollabhandlungsstelle Berlin-Brandenburg, sondern um die Stettiner Behörde.

Der Raubüberfall auf die Pfandleihe in der Hermannstraße zu Neutölln am 31. Oktober v. J., bei dem der Pfandleiher bedroht und um 90 M. beraubt worden war, fand vor dem Schöffengericht Schöneberg seine gerichtliche Sühne. Der 20jährige Edmund S., der die Waise mitgeführt hatte, erhielt 2 Jahre 3 Monate Gefängnis, sein 21jähriger Bruder Andreas sowie der 18jährige Herbert St. je 2 Jahre Gefängnis.

Die Front gegen die Arbeiter.

Die Hausbesitzer stehen also hier in einer klaren Front zusammen mit den Großagrarern und den Industriellen gegen die Arbeiter und minderbemittelten Mieter. Selbsterständlich wird auch die rücksichtslose Einkassierung der vollen Miete ab 1. Juli 1932 angekündigt. In den Reihen der Wohlfahrtsempfänger und Erwerbslosen hat das groß aufgemachte Plakat begreifliche Erregung hervorgerufen. In den dunklen Hinterhöfen der vielstöckigen Mietkasernen standen die Frauen um den Anschlag geschart und besprachen, wie sie wohl die verlangte Summe aufbringen sollten, ohne tatsächlich zu verhungern. Auch auf den Arbeitsämtern wurde das neue Rundschreiben der Hauswirte diskutiert und allgemein die volle Mietzahlung als gänzlich unmöglich erklärt.

Um zu vermeiden, daß große Teile der ärmsten Mieter von den strengen „nationalen“ Hauswirten zwangsweise aus ihren ärmlichen Löhnen entfernt werden, weil die Vollmiete nicht aufgebracht werden kann, ist es dringend notwendig, in der Zeit bis zum 1. Juli entsprechende Übergangsbestimmungen zu schaffen.

Preußen hat den Gemeinden einen Betrag von 160 Millionen Mark zur Verfügung gestellt, um den bedürftigen Mietern, die bisher Hauszinssteuererlaß hatten, einen Mietzuschuß zu gewähren. Dieser Betrag wird kaum ausreichen, um auch nur die Leute mit 800 Mark Jahreseinkommen zu berücksichtigen. Außerdem muß die neue Bestimmung einen nicht zu bewältigenden Kassenansturm auf die Wohlfahrtsstellen verursachen, wenn jeder Fall einzeln geprüft werden muß. Diese Arbeit bis zum 1. Juli zu bewältigen, ist unmöglich. Auf einer einzigen Steuerstelle in Neutölln liefen bisher 17 000 Hauszinssteuererlassungen. Für die vielen Hunderttausende in Gesamt-Berlin muß zumindest zur Ueberbrückung des gefährlichen Ultimo-Termins am 1. Juli eine Uebergangsregelung geschaffen werden, die den Hauswirten das willkommene, rigorose Vorgehen gegen die finanziell am schlechtesten stehenden Mieter unmöglich macht.

Reichsbannerleute zu Unrecht angeklagt.

Vor dem Anklamer Gericht waren neun Reichsbannerleute angeklagt, weil sie sich angeblich am Wahlsonntag des 24. April an einem geschlossenen, politisch nicht angemessenen Umzug beteiligt hätten. Die Angeklagten waren aus Ducherow nach Anklam am Abend des Wahltages gemeinsam auf Fahrrädern zurückgekehrt. Als Belastungszeugen traten fünf Nazijünglinge auf, von denen einer noch keine 16 Jahre alt war. Der Verlauf des Prozesses ergab, daß die Anklage vollkommen zu Unrecht erhoben war, so daß das Gericht zur Freisprechung kam. Man sollte glauben, daß die deutschen Gerichte in der gegenwärtigen Situation ganz andere Aufgaben zu erledigen hätten, als solche Anklagen gegen Mitglieder der verfassungsgläubigen republikanischen Milionenorganisation durchzuführen.

Ein jugendlicher Lebensretter.

Der 17 Jahre alte Lehrling Otto Schwabe aus der Toborstraße 12 hat am 2. April ein fünfjähriges Kind aus dem Landwehrkanal vom Tode des Ertrinkens gerettet. Der Polizeipräsident bringt diese von Mut und Entschlossenheit zeugende Tat mit dem Ausdruck der Anerkennung zur öffentlichen Kenntnis.

Der nächste Sexualwissenschaftliche Frageabend im Institut für Sexualwissenschaft findet am Montag, 20. Juni, 20 Uhr, im Ernst-Haedel-Saal (In den Zelten 9a — Eingang Gartenportal) statt. Unkostenbeitrag 0,20 Mark, Erwerbslose die Hälfte.

„Das ist's, das ist's, Domdekan! Er will die Welt mit Hussiten füllen, statt mit Christen!“
„Sektenstifter also, Eminenz?“
„Ja! Statt die Kirche, die auf Petri Felsen steht, als unveränderliches Fundament zu nehmen, nimmt er das, was er sein Inneres nennt, sein Gewissen. Aber welches Gefühl wirkt nicht um? So wird er ein ewiger Torler. Ein Abschweifer wird er. So sehr Abschweifer, daß er darüber seinen Ausgangspunkt vergißt! Ihm geht es umgekehrt wie Saul: Er macht sich auf, ein Königreich zu suchen, zertrampelt es und kommt mit einer schreienden, störrischen und beißenden Eselin zurück!“
„Er mag in manchem geirrt haben, Eminenz, ich gebe es zu. Aber im Grunde seines Herzens wollte er sicherlich das Beste!“
„Domdekan, Domdekan! Wir können die Welt nicht messen nach unserer Vorstellung, was sie sein soll und wie sie sein soll. Wir können sie nur nehmen, wie sie ist!“
„Aber, Eminenz, die Mühlsteine sind doch da, daß Korn hineingeschüttet wird!“
„Richtig, richtig, Domdekan, Korn, das Mehl wird! Schütte aber aus Versehen oder aus Unverständnis Herzen in den Mühlgang, gewiß, die Weltmühle mahlt weiter, genau so wie bisher, nur daß kein Mehl mehr in den Sack läuft, sondern Blut! Sind nun die Mühlsteine schuld an dem Anathem oder der, der die Mühle angestellt hat, der sie baute, oder gar der, der das Wasser zuleitete? Ist nicht vielmehr derjenige der heillose Tor, der die zuckenden Herzen hineinschmiß?“
„Hus ein Tor, Eminenz?“
„Das ist der mildeste Name, den ich heute für ihn übrig habe. Sein wirklicher Name hieße Schmähhans, Unruhgeist, Streiflichter, Hezer, Aufrührer, Zänker, Egoistischer, Ueberheblicher, Unnachgiebiger, Verstockter!“
„Keine lieblichen Bändel, Eminenz!“
„Bestimmt nicht, bestimmt nicht! Und, was das Schlimme ist, alle gefüllt mit geistlichem Hochmut. Wo du ihn auch kragst, es quillt nirgendwo das Bitterharz der Einsicht eigener Mängel, immer und immer nur fließt der Saft des Hochmuts. Seine Verweigerung der Abkündigung ist nichts anderes. Er weiß genau, daß er sich verzeihen hat, aber die falsche Scham hindert ihn, es nach außen hin einzugestehen!“

„So ginge er aus Eigendünkel in den Tod?“
„Gewiß, aus Eigendünkel und aus Unkenntnis. Er meint, für seine Lehr- und Denksätze zu sterben. Dabei sind es nicht die seinen, sondern die des Engländers. Sein ist nur die böhmische Hartnäckigkeit, mit der er Theben verfiel, die zum Greifen unrichtig sind. Hus stirbt für Witlef, nicht für sich.“
„Eminenz, meint Ihr nicht, er stürbe für Gott?“
„Gott, Gott? Sieht in diesem Kezerprozeß etwa Gott zur Debatte?“
„Sicherlich, Eminenz; denn Hus, um den es letztlich geht, nennt sich einen Diener Gottes!“
„Sage, Defan, weißt du, was Gott ist?“
„Das allervollkommenste Gut, Eminenz!“
„Sage, wenn er vollkommen ist, kann ihm noch zugegeben werden?“
„Rein, Eminenz.“
„Wenn er vollkommen ist, kann ihm etwas abgehen?“
„Rein, Eminenz.“
„Wenn er vollkommen ist, bedarf er dann unfer?“
„Am Grunde nein, Eminenz!“
„Richtig, richtig! Er bedarf weder uns, noch unserer Güter, noch unserer Dienste. Er bleibt wie die Sonne ein vollkommenes Licht. Wenn wir auch alle unsere Lichter anzünden, Domdekan, wir machen seinen Schein doch nicht lichter, sondern er täubt mit seinem Sein all unsere kleinen Menschensackeln ab!“
„Worauf treibt Ihr hinaus, Eminenz?“
„Gernach, gemacht! Was hat Gott davon, daß wir ihm dienen? Was bist du Gott nützlich, wenn du fromm bist? Oder was gibst du ihm, wenn deine Wege ohne Tadel sind? Bist du aber böse, kehrt sich deine Bosheit etwa gegen Gott? Rein, nur gegen dich und deinesgleichen. Was hat Gott davon, wenn wir fasten, beten, bitten, Almosen geben, Gottesdienst halten? Dienen wir damit Gott? Rein, Domdekan, überlege: wir fasten, beten, bitten, geben Almosen und halten Gottesdienst uns selber. Wir allein genießen dessen und nicht Gott. Gott braucht keine Diener, verzeihst du, keine, keine! Aber die Kirche braucht Diener, sie, der sichtbare Leib Christi. Darum: sage nicht Gott, sage Kirche! Die heilige apostolische Kirche, sie, der einzig erkennbare Zweck der Welt.“
„Man könnte also für Gott sein und doch gegen die Kirche?“

(Fortsetzung folgt.)

Zum Ersten, zum Zweiten und . . .

Ein kleiner Haushalt wird versteigert

Das ist nun nicht so, wie in der versteigerungsbedürftigen Luxusvilla des Herrn Generaldirektors F. Rein Chippendale-Herzengimmer, kein Louis-XVI.-Salon, keine Perserbrücken und Bucharas auf dem Boden, keine Renoirs und Rembrandts an den Wänden.

Hier, in der kleinen Wohnung einer alten Mietkaserne im dichtbesiedelten Arbeiterortel gehts ein wenig anders zu: Da ist eine einsame alte Frau gestorben und es ist weiter keiner da, der das bescheidene Erbe antreten möchte; es lebt wohl ein Sohn, aber der ist in einer Anstalt, darum ist auch der Alten Entsetzling irgendwo in einem Erziehungsheim untergebracht. So ist der Hausrat der Stück für Stück in einem langen Menschenalter liebevoll zusammengetragen ward, herrenloses Gut und der Allgemeinheit überantwortet.

Wie in einem Bienenschwarm flattern die Menschen ein und aus, dichtgedrängt belagern sie den Tisch, auf den regelmäßig, unerbittlich wie der Schicksalsengel, des Auktionators Hammer fällt: Zum Ersten, zum Zweiten und zum . . . Da zerrn, wühlen und belaufen junge, flinke, alte, bedächtige Finger eine Pelzrunde, ein päckchen Kinderwäsche, handgestrickte Strümpfe in schwarzer und weißer Farbe und noch vieles andere Zeug. Die Jungen amüsieren sich über all die vorhinfaulischen Kleidungsstücke und die guten „Selbstgestrickten“, die Alten sind voll Mißtrauen wegen der Qualität, sie hören da was von Wollenslöchern und Stockflecken und als einer den Pelzfragen für einen „Nachtmal-Stunks“ erklärt, da wollen sie von dem Kauf nichts mehr wissen. Biersch sind diese abfälligen Bemerkungen auch Händler-Tricks, ein besonders billig zu kaufen. So gehen die meisten Sachen für ein paar Groschen weg, auch der junge Mensch, der das Bündel Kinderwäsche erstand, kaufte günstig. Inzwischen verladen Männer die Einrichtungsstücke auf die untenstehenden Wagen. Der alte Schreiberlich, der partout nicht aus der Türe will, kriegt eins gegen den Leib, die Träger schimpfen und

beleben damit die ohnedies äußerst buntbewegte Szenerie. Vor der offenen Wohnungstür stehen in einer Gruppe die Hausbewohner, stecken eifrig tuschelnd die Köpfe zusammen und verfolgen mit dem Blickes das Geschehen; obwohl es Mittagszeit ist, lassen die Frauen Essen sein, sie wanken und weichen nicht, als gälte es, eines mehrlosen Menschen habe zu schützen vor dem rohen Zugriff fremder Leute. In der Hauptsache ist es natürlich Neugierde, die sie die Vorgänge so streng kontrollieren heißt, aber es mischt sich da doch ein Funken Bedauern hinein. Als Hausfrau und als Mutter wissen sie alle, was es heißt, einen Haushalt so halbwegs in Ordnung zu haben, und wenn sie die Schleuderpreise hören, dann reißt es sie ordentlich: „Aber was kostet das alles, wenn man sich anschaffen muß“ meint die eine, und die andere barmt, daß nicht die Sachen für das Entsetzling aufgehoben werden. Alleamt aber sind sie entgeistert und empört zugleich über das Vieles dieser ganzen Szenerie. Sie konnten die einsame Alte, sie wußten, mit welcher Liebe und Sorgfalt sie an ihren Sachen hing, sie, die nur noch von diesen toten Dingen umgeben war, die ihr einmal geliebtes Leben in sich schlossen. „Jedem von den Ramschern sollen die Finger abfaulen“ geistert eine erregten Tonfall, dann knallt sie ihre gegenüberliegende Wohnungstüre zu.

„Eine alte Zither, was wird geboten“ schreit der Auktionator von seinem erhöhten Tischplatz; „sind denn überhaupt noch Saiten drauf“, fragt ein Reflektant, dann, als er sie zur Augenheinnahme kriegt, meint er: „Ach, um Gotteswillen, das is was für Opapa, besten Dank ooch!“ Die Frau, die draußen im Vorzimmer einen Niesenhaufen gekaufter Lumpen und Lumpchen fortieft, freut sich der guten Qualität. „Alles prima Feinen, Frau“, erklärt sie einer, die interessiert Blickes zusieht; „det schon, aber wer kann denn heute so rumloosen Da sieber nich so jut und mitn Schid.“ Alte Sachen, die keiner mehr mag, deren Leben zu Ende war mit dem ihres Besitzers . . .

Feuersbrünste in Nord und Süd

28 Gebäude eines Mecklenburger Dorfes eingeäschert.

Schwerin, 17. Juni.

Am Donnerstagmittag wurde die 650 Seelen zählende Ortshof Lüblow von einer Rieseneuersbrunst heimgesucht, die innerhalb von fünf Stunden 28 Gebäude in Schutt und Asche legte. Die Einwohnerzahl des halben Dorfes wurde dadurch obdachlos. Die Ausdehnung des Feuers wurde sowohl durch Wassermangel als auch durch Sturm begünstigt, der ständig einen wahren Funkenregen über das ganze Dorf trieb. Erst gegen 18 Uhr konnte das Feuer auf seinen Herd beschränkt werden. Die Höhe des Schadens ist noch gar nicht zu übersehen. Das Vieh befand sich größtenteils auf der Weide, so daß die Viehverluste verhältnismäßig gering sind. Dagegen sind viele Schweine, häusliches Mobiliar und zahlreiche landwirtschaftliche Maschinen verbrannt.

Großfeuer in Thüringen.

Schluslingen (Thüringen), 17. Juni.

In Rappelsdorf brach gestern in den ersten Morgenstunden aus bisher noch unbekannter Ursache in der Scheune des Besitzers Jentgraf Feuer aus. Der Brand griff bei dem herrschenden Winde schnell um sich. Bald standen 10 Wohnhäuser, mehrere Stallungen und 9 Scheunen in hellen Flammen. Sämtliche Gebäude wurden trotz baldigen Eintreffens der Feuerwehren aus der ganzen Umgebung in Schutt und Asche gelegt. Sieben Dampfsprizzen waren an der Bekämpfung des Feuers beteiligt; sehr viel lebendes und totes Inventar ist in den Flammen umgekommen. 14 Familien sind obdachlos geworden.

Warum in den Harz zur Kur?

Für mitgenommene Nerven ist gerade das Klima im Harz zur Auffrischung und Heilung am besten geeignet. Der Harz liegt auf der Grenze der maritimen und kontinentalen Witterungseinflüsse und sein Klima ist in den Rand-, Tal- und Höhenorten (nach den einzelnen Graden verschieden) von „wohligter Herbheit und süßer Frische“ — wie ein bekannter deutscher Klimatologe festgestellt hat. Der ungewöhnlich große Waldreichtum des Harzes, die aus der niederdeutschen Ebene hochgeürmten Berge und die Lage im nördlichen Mitteldeutschland bedingen das vorstehend gekennzeichnete Klima. Den günstigen klimatischen Bedingungen zur Seite stehen die vielen weiteren Vorzüge des Harzes als Erholungs- und Zerstreuungsbereich: zahllosen Natursehenswürdigkeiten in Berg und Tal (Kluppen und Höhlen, Seen, Wasserfälle und Vegetationswunder) gesellen sich interessante alte Städte, Burgen und Ruinen hinzu. Und der romantische Harz mit Kletterpfaden und wilden Szenerien wird unmittelbar von dem idyllischen Harz mit besonnten Bergweiden, Buchen- und Fichtenschwäldern, heimeligen Tälchen und Waldpfaden abgelöst. Die großen und kleinen Fremdenplätze des Harzes nehmen sich des Erholungsuchenden und strengen Kurdienst ausübenden Gastes in pflichtbereitem Eifer an.

Wie schon bekanntgegeben, läßt die Reichsbahndirektion Berlin wieder Feriensonderzüge nach dem Harz verkehren. Wer sich nur eine Woche Ausspannung gönnen kann, sei noch auf folgende günstige Reisegelegenheit aufmerksam gemacht. Die Reichsbahndirektion Stettin fährt am 10. Juli einen Harz-Sonderzug mit 40 Proz. Fahrpreismäßigung, der am 17. Juli zurückfährt. Es bietet sich die Möglichkeit, ab Bahnhof Wannsee diesen Fernerode als Zielstation habenden Zug zu benutzen. Vom 23. Juni ab sind auf dem Potsdamer Bahnhof Rückfahrkarten für 10,20 M. zu haben. Für Teilnehmer, die gern täglich Harzausflüge unternehmen wollen, wird ein sehr preiswertes Pauschalheft zusammengestellt werden.

Bad Nauheim. Statistische Darstellungen im William G. Kerckhoff-Institut zu Bad Nauheim zeigen in erschreckender Weise, welche Bedeutung den Blutkreislaufstörungen im Leben des Menschen beizumessen ist. Unter den deutschen Bädern nimmt zur Behandlung dieser Kreislauferkrankung Bad Nauheim den ersten Platz ein. Nicht unerwähnt können weitere wichtige Heilanzeigen des

Bades bleiben: Rheuma, Gicht, Bronchitis, Rückenmarks- und Nervenleiden. Daß Bad Nauheim trotz seiner Weltbedeutung nicht als ein teurer Luxusort zu gelten braucht, und auch minderbemittelten Kranken Kuren ermöglicht, ist die Folge seines traditionellen Strebens, jedem Anspruch und jeder Leistungsfähigkeit Rechnung zu tragen.

Das kleine Heroldsberg bei Nürnberg erfreut sich seit kurzem einer Anlage, um die ihn manche größere Stadt beneiden könnte. In aller Stille entstand ein Familien-Schwimmbad mit allen nur denkbaren Einrichtungen. Das betonierete Schwimmbassin ist 70 Meter lang und 20 Meter breit. Gränder sind die Angestellten und Arbeiter des Cameia-Werkes. Die Kosten wurden in der Hauptsache aus Kontingentüberschüssen, dann durch Zuwendungen der Direktion und anderer Gönner aufgebracht.

Am den Kärntner Seen haben sich bereits viele Gäfte eingefunden, namentlich in den Kurorten Millstatt, Börtschach und Welten, aber auch in den vielen kleineren Orten des Börtcher, Ossiacher, Millstätter und Faakersees herrscht schon guter Betrieb. Das Badesleben ist äußerst reger, die Wassertemperaturen der großen Kärntner Seen haben eine Höhe von 19, 20 und 21 Grad erreicht. Den Hauptgrund des guten Besuchs bildet das anhaltend schöne Wetter, aber auch die billigen Vorfallpreise (7 und 9 Schilling) tragen dazu bei, daß sich viele Gäfte an den Kärntner Seen einfänden. Wer sich für Kärntner Sommerferien interessiert, dem wird empfohlen, sich den Landesprospekt von Kärnten zu beschaffen, der in allen größeren Reisebüros und beim Landesamt für Fremdenverkehr in Kärnten, Klagenfurt, Burg kostenlos erhältlich ist.

Jodbad Tölz. Seit Mitte April ist der impotente Trink- und Wandelhallenbau der Krankenheiler Jodquellen A.-G. geöffnet. Wenn auch keine größeren Neueinrichtungen geschaffen werden konnten, so dürfte doch die allgemeine Herabsetzung der Preise begrüßt werden, die es auch dem wirtschaftlich Schwächeren ermöglicht, etwas für seine Gesundheit zu tun, um die Schaffenskraft und Arbeitsfreude zu erhalten. In Bad Tölz sind heute tatsächlich Förderung und Leistung in harmonischen Einklang gebracht. Für Gäfte, welche keine Jodkur gebrauchen, ist von Interesse, daß in Bad Tölz bis zu einem Aufenthalt von 7 Tagen keine Kurtaxe mehr erhoben wird und bis zu einer Aufenthaltsdauer von 14 Tagen die ohnedies stark zurückgesetzte Kurtaxe gegen das Vorjahr um etwa 50 Proz. ermäßigt wurde.

Bad-Mübling, das bayerische Moorbad, hat die Preise für seine Pauschalreisen und Aufenthalte neuerdings herabgesetzt, so daß es trotz der wirtschaftlichen Not vielen Erholungsuchenden möglich sein wird, sich zur Kur in Bad-Mübling aufzuhalten.

Wetterausichten für Berlin. Kühl, wechselnd, meist stark bewölkt mit noch einzelnen Regenfällen, mäßige bis frische westliche Winde. — Für Deutschland: Im Südwesten und Süden weiterhin trocken, heiter und am Tage mäßig warm; im Nordosten wieder Wetterbesserung; im übrigen Reich wechselnd, meist stark wolfiges, kühles Wetter mit einzelnen Regenfällen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einwendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 1, stets an das Bezirkssekretariat 2. Def. 2 Treppen rechts, zu richten

Achtung, Stadtverordnetenfraktion.

Die nächste Fraktionsitzung tagt ausnahmsweise am Montag, dem 20. Juni, 18 Uhr, an bekannter Stelle.

Beginn aller Veranstaltungen 19 1/2 Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

1. und 2. Kreis. Sonntag, 19. Juni, findet in den gesamten Räumen des Stadthauses Friedrichshagen, Am Friedrichshagen 23, unter Sommerfest fest. Programm: Großes Doppelkonzert, Bühnenspiele usw. Festredner: Karl Vitz, W. S. H. Anfang 16 Uhr. Eintritt 50 Pf., auch an der Kasse, Erwerbslose und Jugendliche 20 Pf., diese Karten sind nur bei den Bezirksleitern zu haben. Alle Freunde der „Älteren Front“ sind hierzu herzlich eingeladen.
7. und 8. Kreis. Schriftliche Sprechstunde findet am Sonnabend, 18. Juni, nicht statt.
12. Kreis. Zur Dampferfahrt nach Spandau morgen, Sonntag, 19. Juni, sind noch Karten am Dampfer erhältlich. Der Fahrpreis beträgt ebenso wie im Vorverkauf für Kinder 50 Pf., für Erwachsene 1,10 M. Abfahrt 9 Uhr von der Schillingbrücke.
21. Wkt. Heute 18 Uhr Flugblattverbreitung von den Jubiläumskomitees aus. Die Bezirksleiter nehmen heute, spätestens morgen, die Filialen zum Sommerfest mit dem Raktier aus. — Heute Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus. Die Bezirksleiter haben zur Mitgliederzusammensetzung am 21. Juni ein.
27. Wkt. Heute 17 Uhr Flugblattverbreitung: 1. bis 2. Bezirk bei Regen, Heidenfeldstr. 10; 3. bis 6. Bezirk bei Kaldke, Mollatstr. 14. Alle Parteimitglieder haben sich zu beteiligen.
32. Wkt. Heute 16 Uhr Funktionärsversammlung der Wkt. Kreis-Regierung-Wkt. 32.
36. Wkt. Heute abend und Sonntag früh Flugblattverbreitung.
38. Wkt. Alle Genossen treffen sich zur Flugblattverbreitung 18 Uhr in den bekannten Lokalen.
71. Wkt. Heute 14 Uhr Flugblattverbreitung vom Lokal Hofmann, Landwehrer Ecke Baraner Straße, aus. Sämtliche Genossen beteiligen sich daran. Außerdem Abteilungsvereinsabteilung zur gleichen Zeit im Parteilokal.
84. Wkt. Ausgabe der Flugblätter in der Zeit von 15-18 Uhr an der bekannten Stelle. — Die Berechnung für das 2. Quartal muß spätestens bis zum 22. Juni beim Genossen Wilhelm erfolgen. Rationen zum Kauf müssen ebenfalls bis zum 22. Juni abgerechnet werden.
94. Wkt. Die Bezirksleiter können ab 15 Uhr die Flugblätter vom Genossen Schäfer, Steinstraße, 32, abholen.
98. Wkt. Bezirksleiter heute von 14-18 Uhr Flugblätter von Ruhr, Bornholms-Str. 10, abholen.
99. Wkt. Sonntag, 19. Juni, veranstaltet die Abteilung im Garten des „Lindenport“, Charloffenstr. 19, einen gelägten Nachmittags mit autem Programm, Singen, Tanz, Kaffeechen. Aufhebenzeitung 40 Pf., einschließlich Tanz, Kinder 10 Pf. Erwerbslose erhalten Freikarten beim Abteilungsleiter.
105. Wkt. Heute Flugblattverbreitung zwischen 17 und 18 Uhr im Parteilokal, Schillingstr. 27. Alle Vertreter werden ersucht, die Blätter dort abzuholen.
106. Wkt. Heute ab 17 Uhr Ausgabe der Flugblätter bei Eisner, Kollmer, Wilhelm-Str. 8, und bei Marx, früher Kollmer, Kollmer-Str. 1. — Dienstag, 21. Juni, 18 Uhr, Ausgabe der Flugblätter für die Ortsabteilungsleiter für die gesamte Abteilung der Eisner, Kollmer, Wilhelm-Str. 8.
109. Wkt. Heute zwischen 18 und 19 Uhr Flugblattverbreitung im Lokal Fehrenholz, Wilhelm-Str. 10, abholen.
110. Wkt. Heute ab 18 Uhr Flugblattverbreitung bei Vert, Wollenerstr. 43.
120. Wkt. Flugblattverbreitung, Achtung, Bezirksleiter! Sonnabend, 18. Juni, 18 Uhr. Flugblattverbreitung an bekannter Stelle.
121. Wkt. Heute zwischen 17 und 18 Uhr Flugblattverbreitung im Lokal Krüger, Duncker-Str. 10, abholen.
136. Wkt. Heute von 16-18 Uhr haben den Bezirksleitern die Flugblätter bei Reine, Reibendstr. 9, zur Verfügung. Ein Verteilungsmittels ist anwesend.

Frauenveranstaltung.

134. Wkt. Sonntag, 19. Juni, 18 Uhr, Beibehaltung der Bundesfeier in Bernau. Treffpunkt zur gemeinsamen Abfahrt 7 1/2 Uhr Bahnhof Bernau. Um zahlreiche Beteiligung aller Genossinnen sowie Genossen wird gebeten.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Charlottenburg (Rote Zukunft): Treffen zur Fahrt nach Teleskop nicht am Sonnabend 16 Uhr, sondern erst am Sonntag, 19., um 8 1/2 Uhr am Bahnhof Gesundbrunnen, 40 Pf. Fahrgeld miteinbringen. — Schöneberg: Heute Kreisfahrt zur Sonnenwende nach dem Fährhintersee, TEGG-Gelände. Eltern sind eingeladen. Treffpunkt heute 10 1/2 Uhr Bahnhof Pappestraße. — Neukölln, Wkt. Lichtkämpfer: Alle Fahrlagerfahrer sind verpflichtet heute, Sonnabend, 16 Uhr, an der Arbeitsabfertigung teilzunehmen. — Prenzlauer Berg: Heute Sonnenwendefeier. Treffpunkt 21 Uhr Bahnhof Puch. Alle Abteilungen im Kreis sind eingeladen.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

121. Wkt. Unsere Genossin Elisabeth Rudolph ist verstorben. Die Beerdigung hat bereits stattgefunden. Wir werden das Andenken der Genossin in Ehren halten.

Es ist ein Brauch von alters her
Wer Sorgen hat, hat auch Likör-
Kleut sag ich - weil die Welt
sich dreht:
Wer Sorgen hat raucht

Rarität.

Jetzt mit

hochinteressanten Völkerschau-Bildern



Klarheit in der Handelspolitik!

Angriff des Industrie- und Handelstags auf die Papen-Regierung.

Die deutschen Regierungsstellen sind an dieser Stelle immer wieder gewarnt worden, nicht die Interessen der Gesamtwirtschaft den Forderungen einzelner Interessenten zu opfern. Daß der Rückgang der deutschen Fertigwarenausfuhr zum Teil eine direkte Folge deutscher Zollserhöbungen, besonders der letzten unsinnigen Butterzollerhöhung war, haben wir wiederholt festgestellt. Der Öffentlichkeit kann nicht oft genug gesagt werden, daß das Ausland — auch in den bisher vergangenen Monaten des Jahres 1932, trotz aller Rückschläge — immer noch ein Drittel der gesamten industriellen Produktion Deutschlands abnimmt.

Wenn jetzt eine halbamtliche Stelle, der Deutsche Industrie- und Handelstag, in seinem Organ „Deutsche Wirtschafts-Zeitung“ die Sünden der deutschen Handelspolitik mit aller Schärfe festlegt, gegen die handelspolitischen Absichten der Papen-Regierung mit Entschiedenheit Stellung nimmt und die wissenschaftlichen Argumente der Autarkiefreunde widerlegt, so verdient das Beachtung. Der Artikel „Handelspolitik als Arbeitsmarktpolitik“ ist eine Antwort auf die Reden des neuen Ernährungsministers von Braun und des Dr. Brandes vor dem Deutschen Landwirtschaftsrat.

Daß die Not der Landwirtschaft groß ist, wird nicht geleugnet. Warum aber leugnet die Landwirtschaft, daß es den übrigen Wirtschaftsklassen ebenfalls schlecht geht, daß diese schon die größten Opfer für die Landwirtschaft auf sich genommen haben? Die letzte Butterzollerhöhung habe Deutschland in eine unhaltbare handelspolitische Situation gebracht. Wenn von Braun die Devisen eintrübe in solche, die zur Bezahlung der notwendigen Einfuhr, und in solche, die zur Bezahlung der nicht notwendigen Einfuhr benötigt würden, so klinge das ja ganz gut; leider hätte er übersehen, daß der Devisenüberschuß (zur Bezahlung der notwendigen Rohstoffe) gerade im Verkehr mit den Ländern anjalle, die nach Deutschland landwirtschaftliche Veredelungsprodukte verkaufen. Allem Anschein nach trage sich der Reichsernährungsminister mit der Absicht, Handelsverträge zu kündigen, um die Zölle auf Gemüse, Obst und Wein erhöhen zu müssen. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß die betreffenden Verträge gerade mit unseren besten Kunden abgeschlossen seien. Die Niederlande allein haben im Jahre 1931 für 698 Millionen

Mark deutsche Fertigwaren abgenommen, während die gesamte Einfuhr von Nahrungsmitteln, Obst und Süßfrüchten sowie Wein und Most nur 490,5 Millionen Mark betrug!

Dr. Brandes hatte ein Programm der Einfuhrdrosselung aufgestellt, durch Vermehrung der Eigenerzeugung und durch Sperrung entbehrlicher Einfuhr an Industrieprodukten die Gesamteinfuhr um 3,3 Milliarden Mark zu vermindern. Wenn unsere Ausfuhr dann auch um eine Milliarde zurückginge, blieben doch mehr als zwei Milliarden, die zusätzliche Arbeit im Inland bedeuteten.

Dr. Brandes wird an Hand der diesjährigen Außenhandelsziffern dahin berechtigt, daß die „theoretisch mögliche“ Einfuhrkürzung mindestens um eine Milliarde niedriger anzusetzen ist. Warum aber sollte die deutsche Ausfuhr nur um eine Milliarde sinken? Wenn es zu einem allgemeinen Handelsstriege käme — die notwendige Folge von Brandes' Vorschlag —, dann würde das Ausland auf die deutschen Waren wohl ganz und gar verzichten; denn für das Ausland seien die deutschen Waren fast reißlos „theoretisch entbehrlich“!

Daß eine Sperrung der Lebensmittel- und Fertigwareneinfuhr nach Deutschland eine automatische Sperrung der deutschen Fertigwarenausfuhr bedeuten würde, dafür wird ein interessanter Beweis geliefert. Die Länder, die in der Hauptsache Lebensmittel und Fertigwaren nach Deutschland liefern, haben im Jahre 1931 für 3,97 Milliarden Waren geliefert, aber deutsche Waren für 6,23 Milliarden abgenommen. Der deutsche Außenhandel mit diesen Ländern allein brachte einen Ausfuhrüberschuß, der um 300 Millionen Mark höher war als der Ausfuhrüberschuß Deutschlands überhaupt. Die notwendige Rohstoffeinfuhr kann also nur dann von Deutschland bezahlt werden, wenn der Außenhandel mit diesen Lieferantenländern erhalten bleibt.

Und wie sieht es mit der Behauptung, daß die deutsche Landwirtschaft den Auslandsabfuhr bei Sperrung der Grenzen aufnehmen könnte? Die Landwirtschaft hat in den besten Jahren wertmäßig kaum mehr, mengenmäßig aber erheblich weniger abgenommen als die deutsche Ausfuhr selbst im Jahre 1932 betragen dürfte, nämlich für etwa 6 Milliarden Mark. Aus Verminderung der Lebensmitteleinfuhr könnte der Weg der deutschen Landwirtschaft und ihre Kaufkraft für Industrieprodukte um eine Milliarde steigen. Das ist aber auch alles.

in Deutschland, beachtet werden: man erkennt daraus, daß Schutzzölle, Einfuhrverbote, inflationsähnliche Verträge und ähnliche Krisenmaßnahmen keineswegs Mittel sind, um den Krisenauswirkungen erfolgreich entgegenzuwirken.

Abwicklung bei Bauparkassen.

Die Bestimmungen der neuen Notverordnung.

Die von der Sozialdemokratie seit langem geforderte staatliche Beaufsichtigung des Bauparkassenwesens wurde vom alten Reichstag seit über einem Jahr beschlossen und am 1. Oktober 1931 in Kraft gesetzt. Es hat sich auch sehr bald herausgestellt, wie dringend die öffentliche Kontrolle über die Bauparkassen schon gemordet war. Denn das Reichsaufsichtsamt sah sich alsbald genötigt, über eine ganze Reihe von Bauparkassen den Konkurs oder die Unterjagung des Geschäftsbetriebes zu verhängen.

Aber die an sich berechtigten Maßnahmen des Reichsaufsichtsamts hatten doch eine Kehrseite, die vom Standpunkte der von ihnen betroffenen Bauparierer bedenklich war. Es entstand die Gefahr, daß die Bauparierer bei der Abwicklung des Geschäftes der zusammengebrochenen Bauparkassen schwer geschädigt oder gar noch zu weiteren Zahlungen verpflichtet werden. Deshalb wurde schon seit geraumer Zeit von den Fachkreisen und Bauparierern die Schaffung einer Aufsichtsgeschäftsorganisation gefordert. Es wäre bedenklich gewesen, wenn man, wie es vielfach von Interessenten verlangt wurde, einer solchen Organisation die Aufgabe gestellt hätte, die noch nicht abgewickelten Bauparkassen weiter zu führen. Berechtigt war aber die Forderung nach Schaffung einer reinen Abwicklungsstelle, die das Vermögen der Bauparierer durch allmähliche Verwertung der Vermögensmasse zu sichern hätte. Die Schaffung einer solchen Stelle ist bereits von der Regierung Brüning in Angriff genommen worden und in der von ihr vorbereiteten Notverordnung vorgesehen gewesen. Sie konnte daher ohne weiteres in die neue Notverordnung übernommen werden.

Die Bestimmungen darüber sehen vor, daß das Reichsaufsichtsamt bei der Unterjagung des Geschäftsbetriebes die vereinfachte Abwicklung anordnen kann. In diesem Falle haben die Bauparierer, die noch kein Baudarlehen erhalten haben, keine Beiträge mehr zu zahlen, neue Baudarlehen dürfen nicht mehr gewährt werden, und die Bauparguthaben werden so zurückgezahlt, wie es die flüssigen Mittel gestatten. Jeglicher Vorrang darf dabei einzelnen Sparerguppen nicht eingeräumt werden. Ferner kann das Aufsichtsamt die Liquidation anordnen und sie einem von ihm bestimmten Liquidator übertragen. Zum Liquidator kann auch eine juristische Person bestellt werden, die von der Regierung bezeichnet wird. Unter dieser letzten Bestimmung verbirgt sich die neue Abwicklungsstelle, die nunmehr geschaffen werden soll. Damit wird hoffentlich im Interesse der Bauparierer eine ruhige Abwicklung der zusammengebrochenen Bauparkassen gewährleistet sein.

Devisenabgabe zur Kredittilgung.

Die Reichsbank Mitte Juni.

Der Reichsbankausweis vom 15. Juni zeigt eine Verringerung der Goldbestände um 25,9 Millionen auf 822,5 Millionen und der Devisenbestände um 2,4 Millionen auf 155,7 Millionen Mark. Die diesmaligen Devisenverluste erklären sich aus einer 10prozentigen Tilgung des 50-Millionen-Dollar-Kredits der Golddiskontbank und aus fälligen Zinszahlungen für die Young-Anleihe. Ohne diese besonderen Anlässe hätte die zweite Juniwocche einen kleinen Uberschuß in der Devisenbilanz der Reichsbank ergeben.

Die Rückzahlung von Reichsbankkrediten war verhältnismäßig gering. Die Wechselbestände verringerten sich um 59,4 Millionen auf 298,1 Millionen, die Bestände an Reichsschatzwechseln um 3,9 Millionen auf 2,4 Millionen und die Lombarddarlehen um 20,3 Millionen auf 105,9 Millionen Mark. Die zinsfreien Gelder auf Girokonten nahmen um 22,9 Millionen auf 380,4 Millionen zu. Der Rotenuntlauf ging um 74 Millionen auf 3815,4 Millionen, der an Rentenbankfaktoren um 3,5 Millionen auf 400,8 Millionen zurück. Die Deckung der Reichsbanknoten durch den Gold- und Devisenbestand betrug am 15. Juni 25,1 Proz. gegen 25,4 Proz. am Ende der Vorwoche.

Sorgfältige Geldverwalter.

Konjunkturforschung über die Konsumvereine.

In seinem Wochenbericht Nr. 9 veröffentlicht das Institut für Konjunkturforschung eine Betrachtung über den Rückgang der Spareinlagen und seine Finanzierung. Während die öffentlichen Sparkassen und die Spareinrichtungen der Genossenschaften der Landwirte und des gewerblichen Mittelstandes die Abhebungen aus ihren Anlagen und zum Teil aus Krediten des Reiches finanzierten, wird von den Konsumgenossenschaften gefagt, daß sie fast zwei Drittel des Gegenwertes der Einlagenabzüge durch Verminderung der Guthaben bei ihren Zentralinstituten stützen konnten. „Bemerkenswert ist hierbei“, so heißt es in dem Bericht, „daß die Zentralinstitute den Konsumvereinen nicht nur keine neuen Kreditlinien eingeräumt, sondern diese sogar um rund fünf Millionen Mark gekürzt haben.“

Dadurch wird mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, daß die Spareinlagen bei den Konsumgenossenschaften am liebsten angelegt waren. Die Konsumgenossenschaften brauchten nicht auf ihre festen Anlagen zurückgreifen, sie konnten ihre Auszahlungen vielmehr mit den Bankeinlagen bei ihren Zentralinstituten finanzieren. Man sieht, wie hilflos die Anfeindungen mancher Gegner der Verbraucherbewegung sind, die das Spareinlagengeschäft der Konsumvereine als wirtschaftliche Gefahr hinstellen und behaupten, daß die Konsumgenossenschaften mit den ihnen anvertrauten Spareinlagen leichtsinnig gewirtschaftet haben. Das Gegenteil ist der Fall.

Die Baumarktkatastrophe.

Die leichte jahreszeitliche Belebung des Zementabfahes, die im März und April zu verzeichnen war, ist bereits wieder ins Stocken geraten: im Mai blieb der Zementabfuß von 324.000 Tonnen sogar noch hinter den 339.000 Tonnen des April zurück. Im Vergleich zum Mai 1931 ergibt sich ein Rückgang um über 30 Proz. und gegenüber Mai 1930 um über 50 Proz.

Schöne weiße Zähne

Schon nach einmalig. Nutzen mit der heret. erfrisch. schmeckenden „Chlorodont-Zahnpasta“, schneidet aus ein Kammer. Tube 60 Pf. und 80 Pf.

Die Tschechoslowakei hält sich.

Größere Widerstandskraft durch vernünftige Industrie- und Handelspolitik.

Ähnlich wie Belgien zeigt auch die Tschechoslowakei eine bemerkenswerte Widerstandskraft gegenüber der Krise. Die Gründe dafür sind auch für Deutschland interessant.

Unter den österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten nimmt die Tschechoslowakei eine Sonderstellung ein. Innerhalb ihrer Grenzen befinden sich die mächtigsten und rentabelsten industriellen Großbetriebe der alten österreichisch-ungarischen Monarchie, insbesondere die Stodawerke, die seit Kriegsende den zweitgrößten Rüstungskonzern Europas darstellen.

Im Gegensatz zu anderen mittel- und osteuropäischen Ländern hat es die Tschechoslowakei verstanden, den übernommenen Industriepark auszubauen, ohne dabei die Marktmöglichkeiten zu überschätzen und

ohne ausländisches Kapital in nennenswertem Umfang zu beanspruchen.

Zwar ist französisches Kapital in einigen der großen Industrieunternehmen der Tschechoslowakei, besonders in den Stodawerken, seit mehr als einem Jahrzehnt maßgeblich beteiligt, auch hat die Tschechoslowakei einige ausländische Anleihen aufgenommen. Aber die kurzfristigen Schulden der Tschechoslowakei waren so gering geblieben, daß die große Vertrauenskrise, die Europa Mitte vergangenen Jahres erschütterte, die tschechoslowakische Wirtschaft nur wenig berührte. Im Laufe des vergangenen Jahres gingen die kurzfristigen Auslandsanlagen der tschechoslowakischen Banken von 2,35 auf 0,69 Milliarden Kronen zurück, andererseits die kurzfristigen Auslandschulden von 1,57 auf 0,69 Milliarden Kronen. Somit waren also auch gegen Ende des Jahres trotz der großen ausländischen Geldabhebungen die eigenen Anlagen immer noch größer als die Schulden.

Ein weiterer Vorteil für die tschechoslowakische Wirtschaft war es, daß der tschechoslowakische Staat bei Ausbruch der Krise nicht wie viele andere Länder bereits mit einem Defizit belastet war, vielmehr hatten die vier vorhergehenden Finanzjahre Uberschüsse von insgesamt 2,8 Milliarden Kronen gezeitigt, so daß

die Staatskasse über erhebliche Reserven verfügte.

Diese Reserven sind jetzt allerdings aufgezehrt, da die Einnahmen wie überall zurückgegangen und die Ausgaben vor allem infolge der gesteigerten Aufwendungen für die Arbeitslosen gestiegen sind. Die Schaffung neuer Steuern (Mineralabsteuer) und die Erhöhung älterer Steuern (besonders der Einkommensteuer) waren auch in der Tschechoslowakei unvermeidlich. Für das Jahr 1932 werden die Staatseinnahmen auf 9,32 Milliarden Kronen geschätzt, d. h. um rund eine halbe Milliarde Kronen weniger als für das Jahr 1931. Auch die Ausgaben sollen nach dem Voranschlag 9,32 Milliarden Kronen betragen.

Die tschechoslowakische Wirtschaft ist hauptsächlich dadurch immer stärker beeinträchtigt worden, daß der Export infolge der sinkenden Kaufkraft der hauptsächlichsten Absatzgebiete stark zurückgegangen ist. Infolgedessen hat sich die Lage bei den Exportindustrien am meisten verschlechtert.

Kuherdem ist aber auch die Zahlungsbilanz der Tschechoslowakei hierdurch ungünstig beeinflusst worden. In den letzten Jahren war im allgemeinen die tschechoslowakische Ausfuhr erheblich größer als die Einfuhr. Der Ausfuhrüberschuß hat im Jahre 1930 1,77 und im Jahre 1931 noch 1,35 Milliarden Kronen betragen. In den letzten Monaten des Jahres 1931 schrumpfte jedoch die Ausfuhr so stark zusammen, daß sich ein Einfuhrüberschuß zeigte. Diese Entwicklung hat sich in den ersten Monaten des Jahres 1932 fortgesetzt. Wie stark die Exportkrumpfung ist, geht daraus her-

vor, daß im ersten Vierteljahr 1932 nur noch für 1,83 Milliarden Kronen Waren ausgeführt worden sind gegenüber 3,09 Milliarden im ersten Viertel 1931 und 4,30 Milliarden im ersten Viertel 1930.

Die Zahl der Arbeitslosen

betrug Ende 1930 knapp 240.000. Sie stieg im Laufe des Jahres 1931 bis auf 486.000 und hat sich in den ersten drei Monaten des Jahres 1932 auf fast 634.000 erhöht. Der April brachte infolge der Frühjahrsbelebung, besonders der in großem Umfang wiederbelebten Bautätigkeit, einen erheblichen Rückgang auf 548.000, und für die folgenden Monate wird eine weitere starke Verminderung erwartet.

Interessant ist es, daß der Rückgang der Arbeitslosigkeit hauptsächlich in solchen Städten verzeichnet worden ist, wo die Industrie für das Inland arbeitet. Bei denjenigen Industriezweigen, die vorwiegend auf den Export eingestellt sind, d. h. in der Glasindustrie, im Maschinenbau, in der Metall- und in der Textilindustrie, stieg gegenüber dem Durchschnitt des Jahres 1929 die Arbeitslosigkeit um das Neunfache, in den übrigen Industrien dagegen, die in der Hauptsache das Inland versorgen, nur um das Acht- und Neunfache. Es ist auch bezeichnend, daß in der Tschechoslowakei im Gegensatz zu den meisten übrigen europäischen Ländern im vergangenen Jahr noch eine ganze Reihe von Streikbewegungen durchgeführt worden sind, und im Jahre 1932 hat sich die Streikbewegung noch in verstärktem Maße fortgesetzt. Die Zahl der in den ersten vier Monaten verzeichneten Streiks betrug 1932 109, im Vorjahre dagegen nur 81.

Obwohl ein großer Teil der tschechoslowakischen Bevölkerung, hauptsächlich in den östlichen Teilen des Landes, sehr anspruchslos lebt, kommt doch in den

gesteigerten Einlagen der Sparkassen

ein verhältnismäßig hoher Wohlstand zum Ausdruck. Bei den Sparkassen betragen Ende Februar 1932 die Einlagen 21,82 Milliarden Kronen gegenüber 19,99 Milliarden Ende Februar 1931 und 18,36 Ende Februar 1930. Ebenso sind auch bei den Landesgeldinstituten, bei den landwirtschaftlichen und bürgerlichen Bezirksvorstehungen die Einlagenbestände von Monat zu Monat weiter gestiegen. Bemerkenswert ist es auch, daß die Tschechoslowakische Nationalbank im vergangenen Jahr ihren Goldbestand noch etwas erhöhen konnte (der gegenwärtige Goldvorrat beträgt 1,64 Milliarden Kronen gegenüber 1,55 Milliarden Ende 1930 und 1,26 Milliarden Ende 1929). Allerdings hat sich gleichzeitig der Devisenvorrat stark verringert: von 2,27 Milliarden Ende 1929 und 2,45 Milliarden Ende 1930 auf 1,06 Milliarden Kronen Ende 1931 und 0,77 Milliarden Mitte April 1932. Durch die Aufnahme einer französischen Anleihe stieg allerdings seit Mitte April der Devisenvorrat auf 1,24 Milliarden Kronen an und ist inzwischen auf etwa 1,16 Milliarden wieder etwas gesunken. Die Tschechoslowakei konnte sich ebenso wenig wie irgendein anderes europäisches Land den Einflüssen der Weltkrise entziehen; aber die verhältnismäßig gut geordneten Finanzen und vor allem der geringe Umfang der ausländischen Verschuldung lassen erwarten, daß auch weiterhin das Land in geringerem Grade den Krisenauswirkungen ausgesetzt ist als die Nachbarländer. Die vorsichtige Expansionspolitik der Industrie bildet einen wesentlichen Bestandteil der Widerstandskraft des Landes.

Bemerkenswert ist, daß in der Tschechoslowakei irgendwelche mährungspolitischen Experimente zwecks vorübergehender Wirtschaftsbelebung bisher überhaupt nicht diskutiert und daß auch handelspolitisch bis jetzt Sondermaßnahmen zum Schutz der inländischen Industrie nicht ergriffen worden sind. Dies Beispiel sollte in allen anderen Ländern, auch

Sozialistische Akademiker

Erinnerungen und Betrachtungen eines alten Parteigenossen

I.

Weniger als in manchen anderen Völkern — ich denke hier namentlich an Rußland und Italien — hat das Ringen des Proletariats um Leben und Lebenswerte bei den Studierenden und Studierenden im deutschen Volk Anteil gefunden. Hatte noch Adolf Strodtmann in Bonn in seinem „Lied des Relegierten“ (1849) „Student und Proletarier“ in einem Atem genannt, waren auch die großen Verkünder des Sozialismus, von Georg Büchner bis Wilhelm Liebknecht, überwiegend Akademiker, so standen doch auch sie innerhalb der breiten Schichten der unklar liberal Schwärmen oder politisch ganz Gleichgültigen doch immer recht vereinzelt. In der Zeit gar, in der ich politisch erwachte und aus dem überlieferten „Freisinn“ den Weg zum bewußten Sozialismus fand, war davon auf deutschen Hochschulen so gut wie gar nicht mehr die Rede. Damals, in der Mitte bis Ende der 1880er Jahre, hatte die brutale Gewalt des Ausnahmegesetzes die proletarische Bewegung aus der Öffentlichkeit vertrieben und gesellschaftlich geächtet. Zumal an den Hochschulen war fast alles „national“ im Bismarckschen Sinn. Selbst der zahme Liberalismus, der noch von großen Gelehrten, wie Birchow und Mommsen, von Dichtern wie Spielhagen und Henke, vertreten wurde, fand kaum mehr Anklang. Die kriegerischen Erfolge von 1864—1871 hatten einen nationalen Fiebertausch erzeugt. Das soziale Gewissen beruhigte man in jener Zeit tiefer Verblendung der breiten Massen mit Bismarckschem „Staatssozialismus“ und Judenhetze. Und politisch schwor man auf den eisernen Kanzler und nahm dem ach so schwachen Reichstag gegenüber eine überlegen-kritische Haltung ein. Damals setzte mir der streng konservative Vater Eduard Davids, ein preußischer Finanzbeamter, auseinander, daß schon der Schritt zum National-liberalen die schiefe Bahn öffne, die beim Anarchismus ende.

Hatte noch vor dem Ausnahmegesetz im Berliner „Mohrenklub“ der akademische Sozialismus eine Stätte gefunden, so war nun das alles fast erloschen. Da und dort, von Polizei und akademischen Behörden gleichmäßig verfolgt, zeigte sich ein leichtes Aufblühen der geächteten Bewegung. So in Breslau, in jenem Kreis, dem Curt Baake, Gustav Hoch, Heinrich Lutz, Justus Marcuse angehörten und Gerhart Hauptmann nahestand. 1887 wurde Lutz wegen „Geheimbündelei“ zu einem Jahr Gefängnis verurteilt (nach neun Monaten Untersuchungshaft, von der kein Tag angerechnet wurde) und nach Verbüßung dieser Strafe, im Dezember 1888 vom akademischen Senat von der Universität verwiesen. Als ich, damals Rechtsstudent in Gießen, das in der „Frankfurter Zeitung“ las, sandte ich ihm sofort ein Telegramm: „Heinrich Lutz, relegierter Studiosus Breslau. Gruß und Händedruck dem wackeren Kämpfer.“ Er antwortete in einem Brief, in dem er schrieb, nichts habe ihn so gefreut, wie dieser Gruß eines Unbekannten.

In diesem wie in anderen Fällen ist besonders kennzeichnend die Haltung der akademischen Behörden. Während selbst unter dem Zarismus es immer ehrenhafte Professoren gab, die ihre Schüler vor den Klauen der politischen Polizei zu schützen suchten, wählten sich die Professoren des Volkes der Denter in freiwilligen Schergenendiensten gegen ehrenhafte Jünglinge, deren Verbrechen darin bestand, der Bismarckschen Reichsherrschaft und dem kapitalistischen System ablehnend gegenüberzutreten. „Derartige Elemente wollen wir hier nicht“, erklärte der berühmte Physiologe und Schöngeist Dubois-Reymond als Rektor dem Berliner Genossen Grunzel, der, wegen Verbreitung verbotener Zettelungen bestraft, später in Berlin studieren wollte. Darüber und von anderen ähnlicher Art berichtet die von Kuer verfaßte Schrift: „Nach zehn Jahren, Material und Stoffen zur Geschichte des Sozialistengesetzes“, die 1889 in London erschien, S. 139 ff.) Noch nach dem Ausnahmegesetz wurde Konrad Schmidt die Promotion mit einer gelehrten Arbeit, die von der Marzischen Werttheorie handelte, verweigert. Und der Nationalökonom Geheimrat Eister, der 1892 bei der Entfernung des sozialdemokratischen Physiologen Leo Krons vom akademischen Lehramt eine wenig beneidenswerte Rolle gespielt hat, erklärte, wie ein Genosse mir erzählte, diesem: „Bei mir wird ein Sozialdemokrat nie das Dokortegamen machen.“

Einige wenige Akademiker hatten auch damals schon die Möglichkeit gewonnen, ohne Konflikt mit dem Ausnahmegesetz eine natürlich sehr beengte politische Tätigkeit zu entfalten. Der frühere Kammergerichtspräsident Louis Biere, vom Oktober 1884 bis Ende 1886 Reichstagsabgeordneter für Leipzig-Land, gab in München eine weit verbreitete Zeitschrift: „Das Recht auf Arbeit“ (anknüpfend an ein Wort Bismarcks, der dieses Recht im alten Preussischen Landrecht anerkannt sah) heraus. Mit ihm zusammen arbeitete Bruno Schönknecht, der Vater unseres Dichters, der durch gelehrte Werke: „Die Färther Quecksilberpiegelsbelege und ihre Arbeiten“ und „Soziale Kämpfe vor 300 Jahren“ (In Nürnberg) und anderes, sich einen Platz in der Wissenschaft errang und dabei sich als hervorragenden Agitator und Journalisten erwies. Im selben Jahr wie, 1889 geboren, war Max Schippel, Sohn eines Realchuldirektors, der von dem Staatssozialismus des Robertus den Weg zur Arbeiterbewegung fand und zunächst durch ein an Tatsachen und Zahlen überreiches Buch: „Das moderne Elend und die moderne Ueberbevölkerung“, tiefstehend wirkte. Nachher wurde er Herausgeber der „Berliner Volkstribüne“ und der Berliner Arbeiterbibliothek und geistliche Haupt der „Jungen“, der hauptsächlich in Berlin behemelten radikalen Opposition. Die praktischen Aufgaben in den Vordergrund stellte vor allen Max Quard (geb. 1889), der als junger Jurist das Elend der Thüringer gegen fabrikanthliche Schönfärberei bloßgelegt hatte und mitten in der Staatsprüfung wegen Verkehrs mit sozialdemokratischen Arbeitern gemahnt worden war. Seine Schrift über die deutsche Arbeitergesetzgebung, eine eindringende Begründung des Gesetzesentwurfs der Reichstagsfraktion von 1885, war eine Fundgrube der Belehrung für alle, die sich noch aus den überlieferten liberalen Gedankengängen zur Sozialpolitik durcharbeiten mußten. Ein Sammelpunkt akademischer geistlicher Kräfte war „Die Neue Zeit“, seit 1883 von Karl Kautsky als Monatschrift herausgegeben, die in der gebotenen vorläufigen Form die Marzischen Gedanken verbreitete und uns zeigte, daß der Sozialismus nicht nur eine Arbeiterfrage ist, sondern mit den wichtigsten Fragen der Soziologie und Kulturgeschichte im engsten Zusammenhang steht.

II.

Doch waren die Akademiker, die sich damals für diese Dinge ernstlich interessierten, weiße Raben. Schon als bürgerlicher Republikaner, der als Primaner den Vortrag eines Gedichts zu Kaisers Geburtstag verweigert hatte und gelegentlich auch im Unterricht einen politisch oder sozial kritischen Gedanken äußerte, hatte ich unter der Schülerschaft fast allein gestanden und es nur der Duldbarkeit des Direktors Hermann Schiller (des Verfassers einer Geschichte der römischen Kaiserzeit und einer Weltgeschichte, der auch Bahnbrecher der Schulreform war) zu verdanken, daß ich nicht schon als Schüler von der schärfsten Maßregelung betroffen

wurde. Allerdings waren wir in Hessen, wo die Reaktion sich nicht ganz so wild austobte wie in Preußen und Sachsen. Die Studentenschaft war nicht minder vom „nationalen Gedanken“, wie wir ihn heute wieder erleben, befallen, der neben Fochsimpelei und „feucht-fröhlichen“ Burschenleben alle Sinne erfüllte. Als ich im Jahre 1886 mich mit Eduard David in der Gießener Arminia, einer „Reformburschenschaft“, die inzwischen auch den Weg zur Hülerei gefunden hat, zusammensand, war ich bürgerlicher Demokrat, er aber noch gemäßigter konservativ. Den Weg zur Sozialdemokratie fand er einige Jahre später als ich, anfangs der neunziger Jahre.

Mit dem Fall des Ausnahmegesetzes und dem „neuen Kurs“ unter Wilhelm II. und Caprivi kam ein lebhafterer Zug auch in die akademischen Kreise. Doch war auch da nicht entfernt von einer sozialistischen Bewegung, die auch nur kleine Kreise gepackt hätte, die Rede. Ja, die Verfolgungen durch akademische und sonstige Behörden dauerten fort, ohne irgendeinen Widerspruch in der stumpfen akademischen Menge zu begegnen.

Von einer Bewegung unter Akademikern hörte man zuerst gelegentlich einer internationalen Tagung sozialistischer Studenten, die 1892 in Brüssel stattfand und an der die Berliner Genossen Lutz und Jadel teilnahmen: ersterer bekannt durch seine Erlebnisse in Breslau, denen ein Abschluß seiner technischen Studien in Zürich gefolgt war, letzterer schon Mitglied des Mohrenklubs, später Arzt in Berlin und Vorsitzender der sozialpolitischen Kommission der Berliner Genossen, der namentlich durch Feststellung der Wohnungsverhältnisse und seine Darstellung dieser in der „Berliner Arbeiterbibliothek“, dann als Stadtverordneter sich Verdienste erworben hat.

In Frankfurt a. M. wirkte Gustav Hoch als Leiter der neugegründeten „Volkstimme“, später in Hanau als Schriftleiter der Dachdecker-Zeitung, Arbeitersekretär und Reichstagsabgeordneter. In Frankfurt zog er sich mehrere Gefängnisstrafen wegen Pressevergehen zu. Einmal wollte ich ihn besuchen, traf aber nur seine junge, in Zürich erworbene Frau an, da er wieder einmal „sah“. Als ich mein Bedauern darüber aussprach, erwiderte sie tapfer: „Nun, es ist ja für die Sache“, was auf mich damals großen Eindruck machte. Bald danach lernte auch ich, seit 1890 Referendar in Gießen, diese Dinge aus eigener Erfahrung kennen. 1889 war ich dem wieder begründeten Arbeiterbildungsverein beigetreten und hatte dort gleich, noch als Student, zwei Vorträge über die Schule gehalten. Vor der Reichstagswahl 1890 arbeitete ich im Wahlkomitee

mit und verfaßte ein Flugblatt, das vornehmlich gegen den Antifemiten Dr. Böckel-Marbuz gerichtet war. Später folgten weitere Vorträge, bis ich später, ein halbes Jahr vor dem Ende der Referendarzeit, vor den Landgerichtspräsidenten geladen und von ihm eingehend über meine Meinungen verhört wurde. Das Ergebnis war der Ausschluß aus dem Vorbereitungsdienst, „da Sie sich“, so hieß es in der Verfügung, „zu einer Ueberzeugung befehlen, mit der der Staatsdienst in einem monarchischen Staat unvereinbar ist.“ Dabei hatte ich gar nicht die Absicht gehabt, Beamter, sondern Rechtsanwalt zu werden. Aber man sah schon den Vorbereitungsdienst als Staatsdienst an. Eine Beschwerde an die zweite Kammer des Landtags wurde von diesem mit allen gegen drei Stimmen gutgeheißen, aber von der ersten (Adels- und Beamten-) Kammer einstimmig verworfen, womit die Sache ihr Bewenden hatte. Das war 1892/93.

Freiwillig vollzog sich das Ausscheiden Eduard Davids aus dem Staatsdienst. Er war Lehrer am Gießener Gymnasium und arbeitete sich allmählich zum Sozialismus durch. Neujahr 1924 ließen mir die „Mitteldeutsche Sonntagszeitung“ ersuchen, die mehr als Bauernzeitung gedacht war, tatsächlich aber doch fast nur in der Industriearbeiterschaft Boden fand. Am Tage unterrichtete er seine Schüler, nachts arbeitete er an der Zeitung. Zu Ostern forderte er selbst seine Entlassung aus dem Schuldienst. Über Hermann Schiller (zu dessen Schülern in Konstanz auch Edgar Steiger gehört hatte) verweigerte sie ihm. Er hielt große Stücke auf David und erklärte ihm, er betrachte ihn nur als beurlaubt. Erst als er am 1. Mai öffentlich in Frankfurt a. M. sprach, mußte Schiller ihn aus der Liste streichen. Damals kam der Geschichtsprofessor Wilhelm Duden, ein nationalliberaler Heißsporn und Byzantiner, zu Schiller und sagte ihm: „Herr Kollege, Sie haben noch einen Sozialdemokraten im Kollegium.“ Schiller antwortete: „Das interessiert mich nicht. Ich kümmere mich nur darum, ob die Herren ihren Dienst richtig versehen. Ihr persönlliches Leben sonst kümmert mich nicht.“ Der Demagoge war unser Genosse Hüter, der damals nicht öffentlich hervortrat.

Es gab viele in jenen Kreisen, die so anfänglich gesinnt waren wie Schiller (der übrigens politisch gar nicht links stand; auch Wilhelm Bloß nennt ihn mit Sympathie in seinen Lebenserinnerungen). Die Monarchie hat ihr politisches Bestehen härter bemacht und unbulwamer verteidigt als nachher unsere dumme-gütige Republik. Aber geholfen hat es ihr doch nicht.

Später (1894/96) traf ich als Redakteur in Leipzig mit einigen sozialdemokratischen Studenten oder Gymnasialisten zusammen. Heute kenne ich von ihnen nur noch Oda Oberg und Gertrud David (damals Swiderski) als Parteigenossen. Nachher kam die gemeinsame Arbeit mit der Berliner Akademiker-Bewegung. Das aber ist schon ein Kapitel für sich.

Hannas Geschichte

Mitgeteilt von Katharina Peabdy Girling

„Bist du schon als kleines Kind nach Amerika gekommen?“ fragte ich Hanna.

Sie ließ ihre Näherer in den Schoß fallen und sah mich mit ernstesten Augen an. „Nein, ich war ein großes Mädchen, schon acht Jahre alt.“

„Mit acht Jahren warst du schon ein großes Mädchen?“ fragte ich.

„Oh, natürlich“, sagte Hanna. „Bei uns zu Hause, wenn kleinere Geschwister da sind, muß man schon erwachsen sein mit acht Jahren. Wie sollte man sonst der Mutter helfen?“

„Ja... Haben dich dein Vater und deine Mutter hergebracht?“

„Nein“, antwortete Hanna. „Vater und Mutter waren damals schon tot. Meine Tante, Vaters Schwester, hat uns geholt. Ich kann es ja erzählen, Madame, aber es wird Sie vielleicht traurig machen.“

„Erzähl mir, Hanna, auch wenn es traurig ist“, bat ich.

„Ich weiß nicht...“, Hanna jögerte, ob ich es ordentlich erzählen werde, ich werde reden, so gut ich kann. Mein Vater war ein Fischer in Schweden. Er hatte ein eigenes Boot und war oft wochenlang fort. Manchmal, wenn das Wetter gar zu schlecht war, konnte er noch viel länger nicht nach Hause kommen. Meine Mutter war eine Deutsche. Sie war sehr schön“, fügte Hanna leise verschämt hinzu. „Außer mir waren noch drei jüngere Kinder da. Olga war sechs und Hilda vier und Jens, der war noch klein, vielleicht anderthalb Jahre alt. Unser Haus stand gleich beim Dock. Im Sommer kamen Hunderte von Touristen, die auf die nahen Berge ringsum stiegen; denen verkaufte Mutter heißen Kaffee und Brot und Käse. Aber nicht deshalb allein wohnten wir ganz einsam und abseits von den andern Leuten in dem kleinen Hause. Wir mußten nahe am Dock sein. Wenn Vater spät vom Fischen heimkam, da brauchte er nicht über die Straße zu gehen. In Schweden liegt der Schnee im Winter oft so hoch, daß man nicht durch kann. Lehten Winter, Vater war wieder fort, kam eine schwere Krankheit über Mutter. Und wenn sie zu schwach war, um für die kleineren Kinder zu sorgen, lag sie in der Küche und sah zu, daß ich es richtig mache.“

„Und wovon habt ihr da gelebt?“

„Oh, es war genug zu essen da, viel getrocknete Fische, und die kochte ich mit Reis. Eines Tages sagte Mutter zu mir: „Hanna, du bist ein großes Mädchen, ich muß dir etwas sagen. Der Vater kommt vielleicht noch lange nicht heim und der Winter ist schon da. Ich kann nicht mehr lange warten, ich muß bald gehen. Dann mußt du dich nicht vor mir fürchten, wenn ich weiß wie der Schnee sein werde und nicht mehr mit euch sprechen kann. Aber ich will auch nicht, daß die Kleinen sich vor mir fürchten, vor mir, der Mutter! Nein, das will ich nicht!“ Und sie sagte mir, was ich — später — zu tun hatte. Ich sollte ihr beide Augen zumachen und ihre Hände fest falten und die Tür vom Schuppen gut schließen.“

Hanna hatte ihre Näherer wieder aufgenommen. Langsam zog sie die Stiche und zuweilen schluderte sie ein trockenes Schluchzen.

„So eines Nachts“, fuhr sie fort, „bald darauf, sagte mir Mutter, ich solle ihr bestes Nachigewand bringen und ihr helfen, es anzuziehen. Dann läßt sie die Kinder in ihrem tiefen Schlaf und legte sich auf den Stuhl neben dem Feuer, und sagte, ich sollte ihr Jens in die Arme legen. Sie versuchte, ihn hin und her zu schaukeln und sie sang ihm ein kleines Lied. Aber sie war so schwach, ich mußte ihn ihr fortnehmen. Dann nahm sie einen großen Schal und band ihn mir um die Schultern und lehnte sich schwer an mich, und wir gingen hinaus in den Schuppen. Mutter hatte nur ihr Nachigewand an. Sie trug mir auf, ein breites Brett, das dort stand, über zwei alte Stuhlgestelle zu legen. Es war mir zu schwer und sie wollte mir helfen, aber dabei besaß sie wieder ein langer Husten, und sie mußte sich an der Tür festhalten, und sie sah traurig auf die beschneite Straße und auf die fernen Berge. Als das Brett über den Stühlen lag, hieß sie mich, ein Leintuch darüber zu breiten und ein Kissen für den Kopf zu holen, und Mutter legte sich darauf, und mit einem zweiten Leintuch ließ sie sich zudecken. „Ach, Mutter, nimm doch eine warme Decke“, bat ich. „Nein“, sprach sie so leise, daß ich es kaum hören konnte. „Jetzt mußte ich herkommen, so

lange ich noch Kraft dazu hatte. Aber es soll bald zu Erde sein, und es wird schneller gehen, wenn es kalt ist. O, Hanna, meine Tochter, mein gutes Kind...“

Ich hielt Mitters Hand. Sie wurde kalt, sie wurde immer kälter. Ich blies meinen Atem auf sie, aber sie wurde nicht wärmer. Da wußte ich, daß ich ihr die Augen zumachen sollte, und mit Vaters Sonntagsstuhntuch deckte ich sie zu und mit meinen Schürzenbändern band ich ihre Hände zusammen. Dann holte ich einen Kammt und focht Mitters Haare in zwei Zöpfe, wie ich es immer getan hatte, seitdem sie krank geworden war. Dann schloß ich die Schuppentür und ging ins Haus und kroch zu den Kindern ins Bett, um mich zu wärmen.

Am nächsten Tage sagte ich den Kindern, Mutter wäre fortgegangen. Sie weinten ein bißchen, wurden aber bald still. Ich besorgte alles für sie und spielte mit ihnen, und einige Tage vergingen. Das Wetter wurde noch schlechter, der Sturm trieb den Schnee vor unserem Hause zusammen, niemand kam vorüber. Wenn die Kinder bei Nacht schliefen, schloß ich den Schuppen auf, um nach Mutter zu sehen. Oft sah ich ihr bei Mondschein ins Gesicht, oft bei Kerzenlicht.“

Hanna schloß einen Augenblick und sagte dann leise: „Nach heute macht mich Kerzenlicht traurig.“

Das Wetter wurde bald besser“, fuhr sie fort, „und da kam ein Mann durch den tiefen Schnee gestapft, und der brachte meiner Mutter die Nachricht, Vater werde nicht nach Hause kommen, er sei ertrunken. Als er meine Mutter sah und die Kinder und mich — da hatte er Wasser in den Augen. Er ging dann weiter durch den Schnee, vier Meilen bis in die Stadt zu einer Dame, die dort wohnte. Und sie kam in einem Schlitzen mit Pelzen und Glöckchen, und im zweiten Schlitzen waren noch andere Leute und eine Frau zog Mutter ein schönes, weißes Kleid an und weiße Strümpfe. Mitters Haar ließ sie, wie ich ihre Zöpfe geflochten hatte, aber sie legte einen Kranz von weißen Blumen und grünen Blättern um ihren Kopf. Und dann schickte die Dame ihren Schlitzen zu allen Leuten ringsum, damit sie kämen und die tapfere Frau sehen sollten, die ihren Kindern eine Zeit des Grauens und eine fürchterliche Erinnerung für das ganze Leben ersparen wollte. Und die Leute bewunderten alle meine Mutter.“ Hanna seufzte tief auf. „Ach, wenn die Mutter sich nur selbst so schön gesehen hätte!“

„Und was geschah mit euch Kindern?“ fragte ich.

„Die Dame nahm uns mit in ihrem Schlitzen. Ich wollte lieber bei der Mutter bleiben, aber sie sagte, das ginge nicht, ich müßte doch für die Kinder sorgen, sie würden weinen bei lauter fremden Menschen. So ging ich mit, aber die Kinder weinten gar nicht, sie freuten sich über die Glöckchen am Schlitzen. Und dann schickte die Dame Männer, die legten die Mutter in einen Sarg und trugen ihn in die kleine Kapelle im Friedhof, und im Frühling, als der Schnee schmolz, legte man sie in die Erde. Und einen weißen Stein ließ die Dame über ihrem Grab aufstellen und auf dem stand:

„Die Kraft im Herzen der Armen ist die Hoffnung Schwedens.“

Die Dame schrieb dann an Vaters Schwester, damit sie uns nach Amerika holen sollte.“

„Sagten die Leute bei euch zu Hause nicht auch, daß du ein prächtiges kleines Mädchen warst?“ fragte ich noch.

„Oh, ich war doch schon acht Jahre alt!“ sagte Hanna.

(Aus dem Amerikanischen übersetzt.)

Arabische Sprichwörter

Schlafe nicht zwischen Gräbern, damit du keine bösen Träume bekommst.

Selbst wenn ein Kamel nicht mehr taugt, trägt es immerhin noch drei Doppelzentner (eine arabische Einheit).

Ich das Gemüse und denke dabei nicht an das Mistbeet.